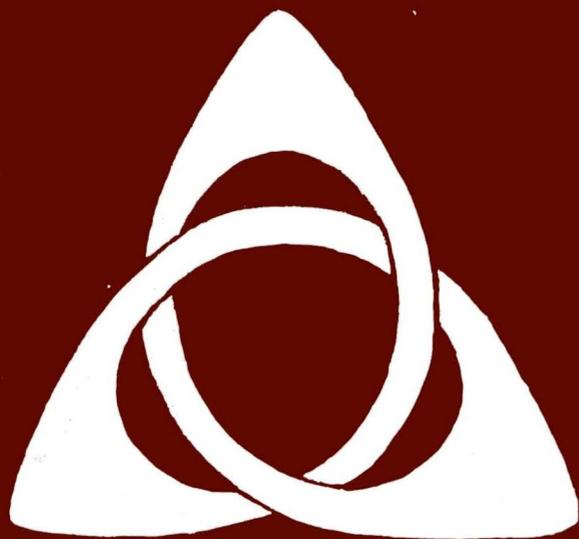


N 20587 F



Fragen der Freiheit

November/Dezember 1988
Heft 195

Ökonomie und
Ökologie

Abraham Lincoln erklärte 1861 in einer Botschaft: »Es gibt aber . . . noch einen anderen, weniger bekannten Punkt: den Versuch, das Kapital auf dieselbe Stufe, wenn nicht höher zu stellen als die Arbeit. Die Arbeit, sagt man, könne nur in Verbindung mit dem Kapital existieren, niemand könne arbeiten, wenn nicht ein Kapitalist ihn zur Arbeit veranlaßt. Dann fragt man weiter, ob es besser sei, daß das Kapital Arbeiter mietet und sie freiwillig arbeiten läßt, oder daß es sie kauft und zur Arbeit zwingt. So schließt man, alle Arbeiter sind entweder gemietet oder Sklaven, und weiter, wer einmal ein Gemieteter ist, muß es sein Leben lang bleiben.

Dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht, noch auch einen freien Mann, der lebenslänglich gezwungen wäre, Tagelöhner zu bleiben. Beide Hypothesen und alle Schlüsse daraus sind falsch. Erst kommt die Arbeit, das Kapital ist nur ihre Frucht und könnte ohne sie nicht existieren. Die Arbeit ist dem Kapital überlegen. . . . Keiner von uns ist vertrauenswürdiger, als der sich von der Arbeit empor entwickelt hat; niemand ist weniger als er geneigt, etwas zu nehmen oder anzurühren, was er nicht ehrlich verdient hätte. . . . Da die Arbeit eine gemeinsame Last unserer Rasse ist, so ist der Versuch, diese Last auf die Schultern des andern zu schieben, *der große, ewige Fluch unserer Rasse*. Da die meisten guten Dinge durch Arbeit erzeugt werden, so folgt, sie sollten denen gehören, deren Arbeit sie erzeugt. Trotzdem haben zu allen Zeiten einige gearbeitet und andere faul einen großen Teil der Früchte genossen. Das ist ungerecht und sollte so nicht weitergehen. Jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit zu schaffen oder doch beinahe, soweit es eben möglich ist, das ist ein Ziel für jede gute Regierung. . . .

Die Arbeit kommt *vor* dem Kapital, ist also unabhängig von ihm. Das Kapital ist die *Frucht* der Arbeit und könnte nicht existieren, wenn nicht die Arbeit vorher wäre. Arbeit kann ohne Kapital sein, aber Kapital nicht ohne Arbeit. Darum ist Arbeit dem Kapital immer weit überlegen.

Abraham Lincoln

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 195

November/Dezember
1988

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstraße 35, 7325 Bad Boll; Telefon (0 71 64) 35 73

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Hans Christoph Binswanger</i>	
Plädoyer für ein qualitatives Wachstum – Möglichkeiten einer ökologisch-ökonomischen Synthese – . . .	3
<i>Fritz Penserot</i>	
Überwindung der Arbeitslosigkeit – aber wie? – Ein kritischer Beitrag zu einer Schrift von Wolfram Engels – . . .	16
<i>Eduard Daladier</i>	
Auszug aus seiner Rede auf der Londoner Konferenz 1933	43
<i>Werner Onken</i>	
Der geistige Weg Silvio Gesells und der Freiwirtschaftsbewegung	45
<i>Eckhard Behrens</i>	
Wettbewerb jenseits der Marktwirtschaft	52
<i>Buchbesprechungen</i>	
<i>Hugo Schwenk</i>	
»Silvio Gesell in München 1919, die Zeit der ersten bayerischen Räterepublik«	54
<i>Hugo Schwenk, Karl Buess</i>	
Der Einfluß der Lehre Silvio Gesells auf die volkswirtschaftlichen Ausführungen Rudolf Steiners	55
Therapiefreiheit in Gefahr	57
<i>Ankündigungen</i>	
Marktwirtschaft und Umweltschutz	61
Landwirtschaft – weiter gegen die ökonomische und ökologische Vernunft?	62

Plädoyer für ein qualitatives Wachstum

Möglichkeiten einer ökologisch-ökonomischen Synthese

Hans Christoph Binswanger

Umdenken ist notwendig

Die Notwendigkeit eines Übergangs zu einem qualitativen Wachstum ist nach den Unglücken von Tschernobyl und von Basel noch deutlicher geworden, als es bisher schon der Fall war. Dieser Übergang muß Ausdruck finden in konkreten Schritten. Aber alle diese Schritte sind nur dann sinnvoll, wenn sie auch von einem Umdenken begleitet werden, bzw. in diesem Umdenken wurzeln. Was ist darunter zu verstehen? In welche Richtung muß das Umdenken gehen?

Ein Zitat aus einem Essay zum Tschernobyl-Unglück in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 14. Mai 1986 kann uns einen Hinweis darauf geben. In diesem Essay kommt der Autor, *Konrad Adam*, auf den Philosophen *Hans Jonas* zu sprechen. Adam schreibt: »Mehrfach hat Jonas an die Verheißung eines messianischen Zeitalters erinnert, in dem die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden sollten; in zeitgemäßer Deutung heiße das: »Atombomben sind schlecht, chemischer Dünger, der die Menschheit zu ernähren hilft, ist gut.« Aber hier, fuhr er fort, »springt das vexierende Dilemma der modernen Technik in die Augen: ihre Pflugscharen können auf lange Frist ebenso schädlich sein wie ihre Schwerter«. Und Adam fügt hinzu: »Das Gute selbst wird so zum Bösen, und die Segnungen der Technik enthalten schon die Drohung, zum Fluch zu werden«.

Das Gute selbst wird so zum Bösen! Dieser Satz erinnert an die einzige erhalten gebliebene Szene des »Faust« von *Gotthold Ephraim Lessing*, dem großen deutschen Dichter der Aufklärung. In dieser Szene sucht Faust den Höllengeist auf, der ihm am besten dienen kann. Fausts Kriterium ist die Schnelligkeit. Der schnellste Geist soll ihm dienen. »Ich bin so schnell wie der Wind«, sagt der eine. »Ich bin so schnell wie das Licht«, sagt der zweite. »Ich bin so schnell wie der Gedanke«, sagt ein Dritter usw. Aber alle sind Faust zu langsam. Schließlich sagt der Mephistopheles: »Ich bin so schnell wie der Übergang vom Guten zum Bösen«. Da sagt Faust: »Ha! du bist mein Teufel. – Ja, der ist schnell, schneller ist nichts als der«.

Hier, an dieser Stelle des Übergangs, setzt das notwendige Umdenken an. Es geht darum, dem bösen Geist von Lessings Faust zuvorzukommen. Es geht darum, zu erkennen, wo Gutes zu Bösem, Segen zu Fluch, Pflugscharen zu Schwertern werden. »Ich bin der Ansicht, daß die Menschheit mehr Gutes

als Böses aus den neuen Entdeckungen gewinnen kann«, konnte noch zu Anfang dieses Jahrhunderts *Pierre Curie* sagen. Lange Zeit konnte man sich tatsächlich auf diese generelle Regel verlassen. Heute ist dies nicht mehr möglich. Es geht ja nicht nur um die Gefahren der Kernenergie und der Chemie – in Tschernobyl und Basel demonstriert –, sondern auch um die Zunahme des CO₂-Anteils der Luft und die möglicherweise daraus resultierenden Klima-Veränderungen; um den sauren Regen und das Waldsterben; um die Belastung und allmähliche Sterilisierung des Bodens durch die Schwermetalle; um die Reduktion des Genmaterials in der Welt durch die fortlaufende Dezimierung von Pflanzen- und Tierarten; um die giftigen Abfälle, die in eine Sondermülldeponie gehören, die niemand mehr haben will; um die Möglichkeit versehentlich Erzeugung äußerst virulenter Krankheitserreger durch die Gentechnologie; vor allem aber auch um die unaufhörliche Verbetonierung und Verbauung der Landschaft, die zu Verlust von Heimat und damit zur Orientierungslosigkeit führt. All das sind Risiken und Gefahren, die uns deutlich machen: So darf es nicht mehr weitergehen, so unqualifiziert dürfen wir nicht mehr sagen: mehr ist immer auch besser. Umdenken heißt daher, sich den Satz einzuprägen: »*Wenn etwas gut ist, dann ist nicht notwendigerweise mehr davon auch besser.*«

Auf ein *Optimum* kommt es an, *nicht* auf ein Maximum. Wir wissen es hundertfältig aus dem täglichen Leben, und wir sollten diese Erkenntnis in die Wirtschaft übertragen. Es ist gut zu essen, wenn man hungrig ist, aber es ist schlecht, wenn man schon satt ist!

Das neue Bewußtsein – das auf die Substitution von Maximaldenken durch Optimaldenken hinausläuft – weist auf die Notwendigkeit einer Qualifizierung des Wachstumsprozesses hin und ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß ein qualitatives Wachstum nicht ein bloßes Wort – ein Schlagwort – bleibt, sondern Wirklichkeit wird.

Qualitatives Wachstum als Zielsetzung

Was ist qualitatives Wachstum? Wir haben bereits eine, wenn nicht offizielle, doch eine offiziöse Antwort darauf. Sie findet sich in einem Bericht über das »*Qualitative Wachstum*« einer *Expertenkommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements* (Bundesamt für Konjunkturfragen, Studie Nr. 9, 1986). In ihr wird das qualitative Wachstum in folgender Weise definiert: »*Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen und pro Kopf der Bevölkerung erreichten Lebensqualität, die mit geringerem oder zumindest nicht ansteigendem Einsatz an nicht vermehrbaren oder nicht regenerierbaren Ressourcen, sowie abnehmenden oder zumindest nicht zunehmenden Umweltbelastungen erzielt wird.*«

Grundlage einer Politik des qualitativen Wachstums ist zweifellos die Erweiterung der Zielrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Die Steigerung des materiellen Wohlstands, wie er heute im Begriff des Bruttosozialprodukts zusammengefaßt wird, tritt in den Hintergrund und die Erhöhung der Lebensqualität im Sinne der Befriedigung sowohl materieller als auch immaterieller Bedürfnisse in den Vordergrund. Will man mit einem solchen Zielwechsel ernst machen, so kann dies nur geschehen, wenn man auch entsprechende Meßgrößen schafft und sie – wenn man so sagen darf – mit statistischem Leben füllt.

In erster Linie geht es um eine Revision des Konzepts des Bruttosozialprodukts (BSP). Dieses wurde und wird heute noch immer als die entscheidende Zielgröße der Wirtschaftspolitik angesehen in der Meinung, daß es alle Güter und Dienstleistungen umfasse, die in einem Jahr produziert werden. Je größer das BSP, umso »reicher« sei daher eine Volkswirtschaft. Dies sei mindestens dann der Fall, wenn entsprechend den Abschreibungen Reinvestitionen für Maschinen und Gebäude vorgenommen und somit der Kapitalstock bzw. das Volksvermögen intakt gehalten werden. Die Abschreibungen seien daher zwar vom Bruttosozialprodukt abzuziehen. Was aber übrig bleibe, sei das Nettosozialprodukt oder Volkseinkommen, das für den Konsum und die Nettoinvestitionen zur Verfügung stehe.

Heute müssen wir feststellen, daß diese Deutung des Sozialprodukts eine große Illusion (geworden) ist. Sie vergißt, daß die Natur bzw. die Umwelt die Grundlage der Wirtschaft ist (es geht bei der wirtschaftlichen Tätigkeit immer um Transformation von Rohstoffen in Produkte und Transformation von Produkten in Abfälle!) und die Natur bzw. die Umwelt sich nicht immer intensiver gebrauchen läßt, ohne daß sie sich auch verbraucht. Ein Teil des Nettosozialproduktes bzw. des Volkseinkommens ist heute nicht einfach Verzehr der jährlichen Produktion, sondern beruht vielmehr auf einem Vermögensabbau. Das heißt: man lebt von der Zukunft. Will man dies verhindern, dürfen die Abschreibungen nicht mehr nur die Entwertung der Maschinen und Gebäude beinhalten, sondern müssen auch die Entwertung der Natur bzw. der Umwelt berücksichtigen. Entsprechend müssen dann die Reinvestitionen viel größer sein als sie es heute sind, d. h. auch »Reinvestitionen« im Bereich der Natur bzw. der Umwelt durch Umweltschutzmaßnahmen, Sparinvestitionen, Recycling, usw. umfassen, soweit man nicht, was sich u. U. auch aufdrängen kann, auf einen Teil des potentiellen Sozialproduktwachstums verzichtet bzw. verzichten muß.

Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Natur bzw. die Umwelt nicht nur Produktionsgrundlage ist, sondern auch direkt konsumiert wird (Luft zum Atmen; Landschaft und Siedlungen, in denen man wohnt und sich bewegt; Wasser zum Trinken, usw.) Neben der wirtschaftlichen Nutzung ist also

auch die direkte ökologische Nutzung der Natur bzw. der Umwelt zu beachten. Diese beiden Nutzungen treten insbesondere wegen der Umweltverschmutzung durch die Abfälle heute vielfach in Konkurrenz miteinander. Aber die ökologische Übernutzung an einem Ort kann auch eine Verhinderung ökonomischer Nutzung am anderen Ort bedeuten (z. B. Fischsterben infolge Vergiftung eines Flusses durch chemische Abfälle und daher Minderung des Fischfangs).

Der geschilderte Verbrauch von Natur bzw. Umwelt muß in der Sozialproduktrechnung deutlich gemacht werden, damit für die Politik nicht falsche Signale gesetzt werden. Wenn das Sozialprodukt wachsen soll, dann darf und kann es nur das um den Abbau des Naturvermögens und die Umweltschäden korrigierte Sozialprodukt sein, denn das Wachstum des Sozialproduktes, das heute ausgewiesen wird, ist zum Teil nichts anderes als Raubbau. Soll Raubbau wachsen?

Wichtig ist, daß man die Umweltschäden nicht erst dann erfaßt, wenn sie nicht mehr repariert werden können, wenn also das Unglück schon passiert ist. Wie dies geschehen kann, soll ansatzweise an einem konkreten Beispiel aufgezeigt werden: am Waldsterben. Der Wald ist als ein Teil des Volkvermögens aufzufassen, der durch das Waldsterben allmählich dezimiert wird, obwohl er u. U. noch lange sowohl seine wirtschaftlichen wie seine gesellschaftlichen Funktionen erfüllen kann. Wenn man aber entsprechend dem Fortschreiten des Waldsterbens Abschreibungen vornimmt, wird rechtzeitig deutlich, daß man etwas dagegen tun, also »Reinvestitionen« vornehmen muß im Sinne des Einbaus von Katalysatoren in die Kraftfahrzeuge, von Investitionen zur Einsparung von Heizöl, des Umbaus von Heizungen auf Sonnenenergie usw. – es sei denn, man reduziere die den Wald belastenden Tätigkeiten selbst, wodurch sowohl »Abschreibungen« wie »Reinvestitionen« vermindert werden könnten.

Im einzelnen wäre bei der Korrektur des Sozialproduktes so vorzugehen: Erstens Schätzungen der künftigen Schäden, zweitens Addition dieser Schäden, drittens Division dieser Summe durch die Anzahl der Jahre, die vergehen vom Jahr an, wo man die Schädigung erkannt hat, bis zum Jahr, wo das Umweltgut voraussichtlich soweit zerstört ist, daß es nicht mehr den erwarteten Nutzen bringen kann.

Die Schätzung der Folgeschäden des Waldsterbens ist selbstverständlich nicht einfach. Sie ist zwar noch relativ leicht bezüglich der Minderung des wirtschaftlichen Nutzens, also etwa betreffend Minderung des Holztrags. Sie ist aber schwerer bezüglich des gesellschaftlichen Nutzens, der nicht durch den Markt bewertet wird, dessen monetärer Wert vielmehr geschätzt werden muß. Es ist aber doch möglich, Näherungswerte zu berechnen. Ein Umweltgut wie der Wald hat einen gesellschaftlichen Nutzen als Erholungs-

raum; er dient aber auch der Aufrechterhaltung des Wasserhaushalts, verhindert Bodenerosion und bildet in den Bergen einen Lawinenschutz. Die monetäre Bewertung ergibt sich in diesem Falle aus den Kosten von Ersatzleistungen oder den Kosten der zu erwartenden Folgeschäden, also etwa der Zerstörung oder der Wertminderungen von Bauten und Kulturland. Behelfsmäßig können auch Angaben aus Umfragen über die Zahlungsbereitschaft für die Erhaltung des Waldes beigezogen werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde vom Institut für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin errechnet, daß der gesamte monetäre Schaden aus dem Waldsterben (ohne Lawinenschutz) in den nächsten Jahrzehnten ca. 1400 Mrd. DM ausmachen wird.¹ Der größte Teil des Waldes dürfte (gemäß einer Delphi-Umfrage unter Experten) bis zum Jahr 2010 zerstört sein, wenn nichts dagegen unternommen wird. Setzen wir das Jahr 1980 als das Jahr, in dem vom Waldsterben zum erstenmal offiziell Kenntnis genommen wurde, so ist das Nettosozialprodukt der dreißig Jahre nach 1980 um den 30sten Teil der obigen Summe, d. h. um ca. 47 Mrd. pro Jahr zu kürzen. Das ist gleichzeitig der Betrag, bis zu dem auch entweder Maßnahmen zum Schutz des Waldes in Angriff genommen werden oder Verzicht auf waldschädigende Aktivitäten in Kauf genommen werden müssen bzw. müßten.

Ähnliche Berechnungen sind für alle anderen Umweltgüter vorzunehmen, wobei allerdings noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind und manche Schätzungen zuerst auch nur hypothetisch durchgeführt werden können (es gibt immerhin bereits verschiedene Ansätze dazu). Man dürfte aber kaum fehlgehen, wenn man vermutet, daß insgesamt die Umweltschäden um 10% des Bruttosozialprodukts ausmachen (unabhängig von möglichen irreversiblen Schäden, wie z. B. Klimaveränderungen, die schlechthin lebensbedrohend sind und daher nicht sinnvollerweise monetarisiert werden können bzw. deren monetäre Schäden auf »unendlich« angesetzt werden müßten). Ein entsprechender Teil des heutigen Bruttosozialprodukts ist also in Wahrheit Vermögensverzehr. Um diesen Betrag müßten (mindestens) die Reinvestitionen in die Umwelt erhöht, bzw. die umweltschädigenden Tätigkeiten selbst reduziert und Konsum und/oder Nettoinvestitionen in Sachkapital gekürzt werden, wenn wir nicht unsere Lebensgrundlagen zerstören wollen.

Umweltschutz als »Heilung« einer defekten Eigentumsordnung

Unsere Wirtschaft baut auf der Marktwirtschaft auf. Eine Umorientierung der Wirtschaft muß daher an den Markt anknüpfen und ihn so aus-

¹ Diese Summe darf nicht auf den Gegenwartswert (Barwert) »abdiskontiert« werden, da wir die Schäden ja nicht nur vom heutigen Standpunkt aus beurteilen dürfen, sondern davon ausgehen müssen, daß die Zukunft sukzessive Gegenwart wird.

gestalten, daß er sozusagen in das neuformulierte – umweltkonforme – BSP-Konzept hineinwächst und wir nicht mehr auf Kosten der Zukunft leben. Konkret bedeutet dies vorerst einen konsequenten Ausbau der Umweltpolitik.

Warum muß man überhaupt Umweltpolitik betreiben? Dies ist in einer Marktwirtschaft gar nicht so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Marktwirtschaft operiert mit Preisen, die Signale für relative Knappheit sein sollen: knappe Güter werden teuer. Mit knappen Gütern geht man daher sparsam, haushälterisch um. In diesem Sinne könnte die Marktwirtschaft auch die Verknappung der Umweltgüter über die Preise regulieren, indem diese umso teurer werden, je knapper sie schon geworden sind. In Wirklichkeit funktioniert aber das Preissystem im Umweltbereich nicht im oben beschriebenen Sinne. Der Grund dafür ist, daß nur derjenige einen Preis für die Hingabe oder die Nutzung bzw. Abnutzung einer Sache verlangen kann, der Eigentümer der Sache ist oder mindestens ein abgeleitetes Eigentumsrecht besitzt. Dies ist aber bei vielen Umweltgütern nicht der Fall. Entweder gehören sie niemandem wie die Luft, das Landschaftsbild, die Ruhe – sie sind »res nullius«, wie es im rechtlichen Sprachgebrauch heißt –, oder sie gehören zwar jemandem, einem Privaten oder dem Staat, aber das Eigentumsrecht beschränkt sich bloß auf die direkte wirtschaftliche Nutzung. Dies ist etwa der Fall bei den Gewässern, dem Boden, dem Wald, dem Wild, usw. Der Eigentümer dieser Güter hat aber nach bisheriger Auslegung keinen Anspruch auf Entschädigung für die indirekte Nutzung bzw. Abnutzung durch die Umweltverschmutzung, die zur Gewässerunreinigung, Belastung des Bodens mit Schwermetallen, Waldsterben, Dezimierung der Tierarten usw. führt. Er kann daher keinen Preis dafür verlangen. Wo aber kein Preis ist, kann auch kein Preis steigen, wenn sich Verknappungserscheinungen bemerkbar machen. Unsere Eigentumsordnung und damit auch die Marktordnung ist also in bezug auf die Umweltgüter defekt.

Das bedeutet: wir brauchen Umweltschutzbestimmungen, nicht, um die marktwirtschaftliche Eigentumsordnung einzuschränken, sondern im Gegenteil, um sie zu vervollständigen bzw. – soweit dies wegen des Kollektivgut-Charakters vieler Umweltgüter nicht möglich ist – wenigstens zu ergänzen, also um den Defekt der Eigentums- und Marktordnung, soweit wie möglich zu heilen. Dabei liegt es nahe, diese Ergänzung so nahe wie möglich an die marktwirtschaftliche Ordnung anzuschließen, das heißt, grundsätzlich von einem preiswirksamen Verursacherprinzip im Umweltschutz auszugehen.

Indem dem Verursacher die externen Folgekosten der Umweltbelastung überbunden, diese also internalisiert werden, verwandelt sich die Verknappung der Umwelt in höhere Preise, die vom Produzenten bzw. Konsumenten bezahlt werden, und beide zu einem vorsichtigeren Ge- bzw. Verbrauch der

Umwelt veranlassen. Nur in Ausnahmefällen sollte von diesem Prinzip abgegangen und zum Gemeinlastprinzip, d. h. zur Übernahme der Kosten durch den Staat und damit den Steuerzahler übergegangen werden, denn dieses dient nur der Nachsorge und kann in keiner Weise wie das Verursacherprinzip ein Incentive für die Vorsorge darstellen, die allein zielführend und, weil sie rechtzeitig erfolgt, bevor die Schäden manifest geworden sind, auf die Dauer auch wesentlich billiger ist.

Entsprechend muß das im Umweltschutz vorgesehene Instrumentarium der Auflagen im Sinne der Ge- und Verbote überall dort, wo keine zu großen Kontrollkosten anstehen, ergänzt werden durch die marktwirtschaftlichen, d. h. preislichen Instrumente. Dazu gehören neben sog. flexiblen Auflagelösungen vor allem kompensierende Abgaben auf Restemissionen; sog. Lenkungsabgaben, sowohl im Produktions- wie im Konsumbereich. Diese Abgaben können

- direkt die Schadstoffe, z. B. den CO₂-Ausstoß,
 - oder die belastenden Produkte, z. B. Verpackungsmaterial, Benzin, Stickstoffe,
 - oder die Fahrzeuge bzw. Apparate, deren Gebrauch sich umweltbelastend auswirkt, z. B. Autos ohne Katalysator,
- belasten.

Flexible Auflagenlösungen und Abgaben haben den großen Vorteil, daß sie unterschiedlichen Umweltschutzkosten in den verschiedenen Betrieben Rechnung tragen, indem sie die Betriebe, die geringe Kosten haben, veranlassen, stärker zu reinigen, während die Betriebe mit hohen Kosten entlastet werden. Sie sind also nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch günstiger.

Wichtig ist auch, daß sich aus den preislichen Instrumenten eine Dynamisierung des Verursacherprinzips im Sinne eines Antriebs zu einer immer weiteren Reduktion der Restemissionen ergibt. Diese sollte außerdem durch ein Bonus-Malus-System belohnt werden, d. h. durch eine Umverteilung der Einnahmen, die sich aus den Abgaben ergeben, zugunsten derer, die sich umweltkonform verhalten. Lenkungsabgaben werden ja nicht um ihres finanziellen Ertrags eingesetzt, sondern als ein Mittel zur ökologischen Umorientierung.

Noch stärker an das Verursacherprinzip lehnt sich die Haftungsregelung an, wie sie sich in Japan in wichtigen Bereichen des Umweltschutzes durchgesetzt hat. Es wird dort nicht mehr ein strenger Kausalitätsnachweis für entstandene Schäden verlangt, der vom Geschädigten praktisch nicht zu erbringen ist. Vielmehr genügt ein statistisch-epidemiologischer Kausalitätsnachweis des Zusammenhangs von bestimmten Krankheiten und dem Vorkommen bestimmter Schadstoffe, um Gegenmaßnahmen und Entschä-

digungszahlungen zu begründen. Bevor Schäden aufgetreten sind, greift bereits die vorsorgliche Umweltpolitik. Darüber hinaus gilt der sog. »Türschwellenbeweis«, d. h. es reicht aus, wenn gezeigt werden kann, daß bestimmte Schadstoffe mit hoher Wahrscheinlichkeit vom beklagten Unternehmen stammen, wenn also der Nachweis bis zur »Türschwelle« geführt werden kann. In diesem Fall gilt die Beweislastumkehr: »Solange das beklagte Unternehmen nicht nachweist, daß sein Betrieb nicht die Emissionsquelle sein kann, wird faktisch davon ausgegangen, daß er die Emissionsquelle ist«. (Gerichtsentcheid). Schließlich gilt in den kritischen Bereichen eine Kollektivverantwortlichkeit: die Risikohaftung von Einzelbetrieben wurde verschärft, indem Einzelfallgerechtigkeit geringer eingestuft wurde als die Berücksichtigung der kumulativen Effekte verschiedener Schadstoffe und ihrer Erzeugung.

Selbstverständlich kann die japanische Regelung in der Schweiz nicht einfach kopiert werden. Sicher ist aber, daß eine Anwendung des Haftungsprinzips eine unabdingbare Voraussetzung jeder marktwirtschaftlichen Lösung im Sinne der sog. Internalisierung externer Kosten ist. *Helmut Weidner*, der sich eingehend mit der japanischen Haftungs-Regelung befaßt hat, bemerkt dazu: »Die Japaner haben gezeigt, daß auf diese Weise eine drastische Reduktion . . . der Luftverschmutzung in einer relativ kurzen Zeit möglich ist, ohne daß dies irgendeine nennenswerte negative ökonomische Folgewirkung gezeitigt hat.« (Helmut Weidner, »Japan: The success and limitations of technocratic environmental policy«, Policy and Politics, Vol. 14, Nr. 1 (1986), S. 43, Übersetzung des Verfassers).

Sparsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen

Allerdings genügt es nicht, sich nur mit der Abfall- und Emissionsseite zu befassen, wenn man eine langfristig erfolgreiche Umweltpolitik betreiben will. Ein französisches Sprichwort sagt: »Il faut vouloir aussi les conséquences de ce qu'on veut« (man muß auch die Konsequenzen wollen von dem, was man will). Wenn man eine umweltgerechte Wirtschaft will, dann muß man konsequenterweise auch schon mit dem Einsatz der natürlichen Ressourcen zurückhaltend sein, weil alles, was man in den Wirtschaftsprozeß hineinsteckt, als Abfall wieder daraus herauskommt (Gesetz von der Erhaltung der Materie und Energie). Dieser Abfall führt zur Umweltbelastung, wenn es sich um nicht-regenerierbare Ressourcen handelt, d. h. um solche, bei denen der Abfall nicht wieder von selbst, d. h. durch die Natur, in Rohstoffe – Erde, Luft, Wasser, Mineralstoffe – zurückverwandelt wird. Zurückhaltung beim Verbrauch der

nicht-regenerierbaren Ressourcen ist daher die beste – und billigste – Umweltpolitik.²

Aber die Ressourcen sind auch um ihrer selbst willen zu schonen, soweit ihr Vorrat knapp ist, d. h. eine Substitution nicht oder nur mit steigenden Kosten – zu denen auch die Umweltschutzkosten gehören – möglich ist. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten zu sehr angewöhnt, das ökonomische Prinzip nur zu verstehen als Aufforderung, den Ertrag im Verhältnis zum Aufwand zu maximieren, wobei der Aufwand nicht hoch genug sein konnte, wenn nur entweder der geschäftliche Ertrag (im privaten Bereich) oder der politische Ertrag (im staatlichen Bereich) *noch* höher lag. Diese Auslegung des ökonomischen Prinzips ist nicht mehr zulässig. Es muß vielmehr auf seine ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt werden. Diese geht von einem gegebenen, d. h. begrenzten Aufwand aus. Im ökonomischen Prinzip liegt dann einfach die Aufforderung, mit dem begrenzten Aufwand bestmöglich zu wirtschaften und so haushälterisch mit den Dingen umzugehen.

Konkret geht es vor allem um einen sparsamen Gebrauch von zwei Faktoren, nämlich erstens von *Energie*, bei der jede Mengenausweitung heute hohe Risiken verursacht und mit deren Produktion und Verbrauch die meisten Umweltbelastungen verbunden sind, und zweitens von *Boden*, der wohl die knappste Ressource überhaupt darstellt, weil er prinzipiell (fast) nicht vermehrt werden kann und gleichzeitig für Bauten und Verkehrsanlagen, für die Landwirtschaft und für ökologische Anliegen (Wald usw.) beansprucht wird.

Den Staat in die Pflicht nehmen

Wenn wir diese Forderung aufstellen, sind vor allem die staatlichen Bauten und Infrastrukturmaßnahmen angesprochen. Bei allen entsprechenden Projekten ist ein besonders strenger Maßstab bezüglich der »Energie-« und »Bodenverträglichkeit« anzulegen. Davon ist kaum etwas zu spüren. Es wird zwar da und dort – wenn auch immer noch zu wenig – darauf geachtet, die Energieverschwendung einzudämmen. Dies gilt aber nicht für den Bodenverbrauch. Dieser nimmt im Gegenteil ständig zu, z. B. beim Bau von Straßen, die immer breiter und komfortabler werden, aber auch beim Bau von Kongresszentren, von Militäranlagen, von Sport- und Erholungszentren. »Eines Tages wird sich die Natur von den vielen Erholungszentren nicht mehr erholen«, schreibt der Aphoristiker Werner Mitsch.

² Wegen des Gesetzes des abnehmenden Grenzertrags müßte bei einer rein nachsorgenden, d. h. nur auf die Be-Seitigung der Abfälle und Emissionen ausgerichteten Umweltpolitik der Anteil der Umweltschutzaufwendungen am Sozialprodukt sich ständig erhöhen, wenn man bei bzw. trotz weiterem quantitativen Wachstum der Wirtschaft die Umweltbelastung nicht weiter ansteigen lassen will. Die Politik der Kombination von quantitativem Wachstum mit einer Umweltpolitik, die aus diesem quantitativen Wachstum bezahlt wird, ist daher nicht zielführend. Vgl. dazu Binswanger, Frisch, Nutzinger, Arbeit ohne Umweltzerstörung, S. 71 ff. und Anhang S. 329 ff.

Aber auch bei Bauten, die dem Umweltschutz dienen sollen, kann Boden vergeudet werden.

Erstes Beispiel: Die Förderung des öffentlichen Verkehrs gilt allgemein als umweltkonform. Die Frage ist aber: Förderung des öffentlichen Verkehrs *zusätzlich* zum Weiterausbau des Privatverkehrs und des Straßennetzes oder *anstelle* desselben? Und: Wenn Förderung des öffentlichen Verkehrs, soll er in erster Linie durch Neubau von boden- und landschaftskonsumierenden Eisenbahnstrecken erfolgen oder vor allem durch bessere Nutzung des bestehenden Verkehrsnetzes (sowie um Investitionen im Reisekomfort und Wagenmaterial)? Mit anderen Worten: Soll der öffentliche Verkehr einfach einer weiteren Steigerung des Verkehrsaufkommens dienen oder soll er sich eher in ein Konzept der »Verkehrsberuhigung« einfügen? Die heute vorliegenden Konzepte für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs folgen weitgehend der Idee der Verkehrsforcierung und sind daher unter dem Aspekt des qualitativen Wachstums als frag-würdig einzustufen und dringend zu überprüfen.

Zweites Beispiel: Den Umweltämtern ist auch die Aufgabe der Beseitigung des Sondermülls überbunden worden. Sie haben den Auftrag, »sichere« Deponien zu finden. Im Rahmen des quantitativen Wachstums wird das Volumen des Sondermülls ständig anwachsen. Keine Gemeinde scheint aber bereit zu sein, eine solche Deponie zu dulden, weil sie einen größeren Teil des Gemeindeareals praktisch unbewohnbar macht, also in viel höherem Maße boden- und landschaftskonsumierend ist, als die Deponie selber Boden beansprucht. Ohne massiven und zunehmenden Zwang von oben wird es daher nicht möglich sein, Standorte für diese Deponien zu finden. Im Rahmen des qualitativen Wachstums ist demgegenüber zu postulieren,

- den Sondermüll auf einen geringen Teil zu reduzieren, für den die höheren Kosten der Verbrennung und der chemischen Umwandlung bezahlt werden können (soweit dies heute überhaupt technisch möglich ist),
- im übrigen aber die Produktion so umzugestalten, daß von vorneherein kein Sondermüll mehr anfällt.

Dann muß man nur noch kleine Deponien für eine Übergangszeit schaffen. Die Gebühren müssen entsprechend angehoben und vorgezogen, also schon im Zusammenhañg mit der Verwendung des Materials bezahlt werden.

Energiesteuer und Rentenfinanzierung

Der Grund für Überbeanspruchung von Energie und Boden ist aber auch der Einfluß, den der Staat im finanziellen Bereich auf die Wirtschaft ausübt.

Die Energiepreise sind zu niedrig im Verhältnis zum Preis der Arbeit, zu dem auch die sog. Lohnnebenkosten, insbesondere die Beiträge an die AHV, gehören. Infolgedessen werden ständig Arbeitsplätze abgebaut, während die

Umwelt durch einen übermäßigen Energieverbrauch belastet wird. Diese Situation kann mindestens teilweise korrigiert werden durch die Senkung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge beispielsweise um je ein Drittel und Auffüllung der dadurch entstehenden Finanzierungslücken durch eine Energiesteuer. Eine solche Energiesteuer wäre vollständig aufkommensneutral, so daß keine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft entstünde. Dabei würden gleichzeitig zwei Ziele erreicht: Verbesserung der Beschäftigungs- und der Umweltsituation.

Als Resultat der Energiesteuer ist eine gewisse Reduktion des Energieverbrauchs zu erwarten

- durch zurückhaltendere Verwendung von Energie bei gegebenen Produktionsverfahren;
- durch Begünstigung energiesparender Investitionen;
- durch Förderung der (relativ) arbeitsintensiven und Rückdämmung der (relativ) energieintensiven Wirtschaftszweige.

Im Unterschied zu den Abgaben auf Emissionen (Lenkungsabgaben) kann aber wegen der insgesamt geringen Energiepreiselastizität der Nachfrage nach Energie die Energiesteuer trotz Minderung des Energieverbrauchs eine Finanzierungsaufgabe wahrnehmen³.

Die Wirkung der Energiesteuer läßt sich vor allem im Elektrizitätsbereich vertiefen, wenn die Energieproduzenten zu Anbietern von Energie-Dienstleistungen werden, die nicht notwendigerweise einen höheren physischen Energieeinsatz notwendig machen. Im Gegenteil, es kann auch eine Reduktion desselben sinnvoll sein. Wenn die Kosten energiesparender Investitionen geringer sind als die Kosten der zusätzlichen Energieproduktion, lohnt es sich nämlich für die Energie-Anbieter, den Kunden anstelle vermehrter Energiemengen energietechnische Sanierungen anzubieten. Dieser Kostenvergleich hängt in erster Linie von den Zinsen bzw. den erforderlichen Rücklaufzinsen für das eingesetzte Kapital ab. In dieser Hinsicht wurden bisher an Energieeinsparungen viel höhere Anforderungen (erforderliche Rücklaufzeit 2-5 Jahre) gestellt als an die Energieproduktion (erforderliche Rücklaufzeit 20-30 Jahre), weil für jene die wenig kapitalkräftigen Konsumenten, für diese aber die kapitalkräftigen Produzenten zuständig waren. Wenn aber der Produzent

³ Üblicherweise wird im relevanten Preisbereich mit einer stabilen Energiepreiselastizität gerechnet. Unter diesen Umständen kann die notwendige Höhe des Steuersatzes eindeutig bestimmt werden, wenn der gewünschte Finanzbetrag S feststeht. Ist p der ursprüngliche Energiepreis, q die ursprünglich nachgefragte Energiemenge und e die Preiselastizität der Nachfrage ($e > 1$), so ergibt sich aus der quadratischen Gleichung

$$S = tp(q + etq)$$

der gewünschte Steuersatz t . Er dürfte heute, wenn die obigen Anforderungen gelten sollten, im Bereich von 35-40% des Endenergiepreises liegen. Dieser wäre z. B. in 10 Jahren zu verwirklichen, indem in 10 Etappen jedes Jahr eine zusätzliche Steuer von 3,5-4% erhoben und entsprechend die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge gesenkt werden. Da die Rentner, die nicht durch eine Senkung der Arbeitnehmerbeiträge entlastet werden, zusätzlich durch eine Energiesteuer belastet werden, müßten die Renten, entsprechend dem durchschnittlichen Energieaufwand im Rentnerhaushalt, um ca. 3% angehoben werden.

beide Investitionen selber in die Hand nimmt, kann er sinnvoll im eigenen wie im Interesse des Konsumenten einen Ausgleich der Anforderungen an die Rücklaufzeiten herbeiführen. Besondere Möglichkeiten ergaben sich in dieser Hinsicht im Strombereich, wie der ehemalige Vorsitzende der Tennessee Valley Authority (TVA), David Freeman, in den USA demonstriert hat. In Europa hängt die Nutzung solcher Möglichkeiten vor allem auch davon ab, ob die Elektrizitätspreise auf die effektiven langfristigen Grenzkosten ausgerichtet werden.

Unter diesen Umständen ist ein »Auslaufen« des Kernenergieprogramms, das sich zur Vermeidung des ökologischen Risikopotentials aufdrängt, ohne ökonomische Risiken zu verwirklichen, aber auch ohne daß für die Realisierung anderer großtechnologischer Energieprojekte wie der Photovoltaik wieder ein neuer großer Bodenbedarf entsteht.

Im Unterschied zu den Energiepreisen sind nicht die Bodenpreise generell zu niedrig, sondern die Preise des landwirtschaftlichen Bodens sind zu niedrig im Verhältnis zum Boden im Siedlungsgebiet. Daher erscheint der landwirtschaftliche Boden inkl. Wald als weniger wertvoll, obwohl er mindestens eine ebenso wichtige Funktion erfüllt. Vor allem aber hat die (Umwelt-) Qualität des Bodens keinen Preis. Eine auf Steigerung des Produktionsertrags ausgerichtete Agrarpolitik führt daher zu einer ständigen Überbeanspruchung des Bodens, insbesondere durch Überdüngung und Belastung mit Schwermetallen (die allerdings auch aus Quellen außerhalb der Landwirtschaft stammen). Außer durch raumplanerische und bodenpolitische Maßnahmen, die schon lange zur Diskussion stehen, kann die quantitative Bodenbeanspruchung auch dadurch vermindert werden, daß nicht mehr einfach die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erhöht werden, sondern der landwirtschaftliche Einkommensausgleich (Aufrechterhaltung des Partitäreinkommens) durch Einführung von Flächenbeiträgen gesichert wird. Die Lösung wäre auch gleichzeitig die billigste, weil dann nicht Geld verschwendet werden muß zur Beseitigung der durch die Preisgarantie provozierten Überschüsse.

Ansätze zu einer solchen Politik sind bereits vorhanden. Es gilt heute, die Ansätze zu einer generellen Reform auszubauen. Sonst besteht auch noch die Gefahr, daß der Bauer veranlaßt wird, anstelle von Nahrungsmitteln sog. nachwachsende Rohstoffe zu produzieren, die der Herstellung von Treibstoffen dienen. Nicht nur würde eine solche Lösung voraussichtlich die Bodenqualität irreparabel zerstören, da mit der Produktion nachwachsender Rohstoffe ein noch stärkerer Einsatz von chemischen Mitteln verbunden wäre; sie würde auch höhere Subventionen nötig machen, um die Konkurrenzfähigkeit des Agrar-Sprits mit dem Erdöl herzustellen und ist daher mit Sicherheit noch unökonomischer als die heutige Agrarpolitik.

Ökonomie und Ökologie sind vereinbar

Anschließend an die Definition des qualitativen Wachstums im oben erwähnten Bericht der Expertenkommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements heißt es: »Gesamtwirtschaftlich gesehen bedeutet qualitatives Wachstum eine Orientierung auf einen international wettbewerbsfähigen Typus der Wertschöpfung, der mit weniger externen Kosten und Belastungen Dritter sowie geringerem Aufwand an Rohstoffen und Energie verbunden und durch den Einsatz von mehr Fähigkeitskapital gekennzeichnet ist.« Die verschiedenen Beispiele einer Politik des qualitativen Wachstums sollten gezeigt haben, wie es möglich ist, Maximalziele durch Optimalziele bei sparsamem Ressourceneinsatz und geringerer Umweltbelastung zu ersetzen. Dabei wird aber auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten bzw. sogar gesteigert. Dies ergibt sich vor allem durch Verlagerung der finanziellen Lasten auf den Umwelt- und Ressourcenverbrauch und in diesem Zusammenhang Realisierung des Umweltschutzes durch haushälterischen Umgang mit den Ressourcen und Umweltgütern anstatt durch zusätzliche nachsorgende Maßnahmen; dazu kommt eine konsequente Überprüfung des Energie- und Bodenbedarfs bei allen staatlichen Projekten, was tendenziell eine Senkung der Steuern erlaubt.

Auf dieser Basis ist es auch möglich, die Geld- und Kreditpolitik nicht nur kurz- sondern auch langfristig auf Inflationsvermeidung durch Einhaltung restriktiver Geldmengenziele auszurichten, ohne dadurch Arbeitsplätze zu gefährden.

Ökonomie und Ökologie können so unter der Voraussetzung eines konsequenten Umdenkens durchaus in Einklang miteinander gebracht werden. Das schließt allerdings nicht aus, daß bestimmte Interessengruppen sich zu Recht oder zu Unrecht durch eine Umstrukturierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik im Zeichen des qualitativen Wachstums beeinträchtigt fühlen. Ohne politische Auseinandersetzung ist daher eine Umstrukturierung nicht zu vollziehen.

Überwindung der Arbeitslosigkeit – aber wie?

Ein kritischer Beitrag einer Schrift von Wolfram Engels *

Fritz Penserot

Woher kommt die (unfreiwillige) Massenarbeitslosigkeit?

Professor Herbert Giersch, Chef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, schreibt in der »Welt am Sonntag« vom 3. Juni 1983: »Normalerweise muß sich Vollbeschäftigung von selbst einstellen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind, erstens: ein ausreichendes Geldangebot von der Zentralbank, damit es weder Inflation gibt noch eine Unterbeschäftigung wegen Geldmangels; und zweitens: Löhne, bei denen soviel Arbeit nachgefragt wie angeboten wird, also Vollbeschäftigungslöhne.«

Professor Wolfram Engels, Frankfurt, Herausgeber der »Wirtschaftswoche« schreibt in seiner Schrift »Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann«: »Arbeitslosigkeit ist längst keine Konjunkturerscheinung mehr. Sie ist Ausdruck einer schweren Fehlkoordination am Arbeitsmarkt.« Und sein Blick richtet sich – ähnlich dem von Herbert Giersch – im ganzen weiteren Verlauf seiner Abhandlung nahezu ausschließlich auf das Verhältnis von Arbeitsproduktivität zu Arbeitskosten. Am Arbeitsmarkt gelte der gleiche elementare Zusammenhang, der auch für andere Märkte gilt: »Je höher der Preis, umso geringer die Nachfrage. Wie ungünstig die äußeren Faktoren auch sein mögen – es gibt immer einen Lohn oder Lohnfächer, zu dem Vollbeschäftigung hergestellt wird.« So wie es etwa auch die »Lohnformel« des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (der »Fünf Weisen«) über den Zusammenhang von Lohn und Beschäftigung besage: »Die Unternehmen stellen so lange zusätzliche Arbeitskräfte ein, wie jeder neue Arbeitnehmer mehr bringt, als er kostet. In der Sprache der Ökonomen: Soll die Beschäftigung zunehmen, dann muß die Grenzproduktivität der Arbeit höher sein als der Lohn.« Das heißt also, »daß die Reallöhne um den Produktivitätszuwachs steigen können, wenn im Ausgangspunkt Vollbeschäftigung herrscht und wenn Vollbeschäftigung erhalten werden soll.«

Der vor einem Jahr verstorbene *Professor Armin Gutowski*, Hamburg, schrieb (lt. Welt am Sonntag vom 11. 3. 1984): »Das Faktum, daß die Lohnhöhe und die Lohnstruktur die entscheidenden Bestimmungsgründe für das Ausmaß der Beschäftigung sind, wurde in den vergangenen Jahren mehr und

* Wolfram Engels »Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann«. Herausgegeben vom Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung, Bad-Homburg 1984

mehr verdrängt. . . . Damit der Zuwachs an Arbeitskräften von den Unternehmen rentabel beschäftigt werden kann, muß der Lohnanstieg nur entsprechend hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben.«

Professor Carl Christian von Weizsäcker, Köln, schrieb in der Zeit vom 12. 2. 1988 zu einem Buche von Rudolf Hickel u. a.:

»Warum haben wir Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik? In seinem einleitenden Teil setzt sich Hickel ausführlich mit der These Michael Kaleckis aus dem Jahre 1943 auseinander: ›Vollbeschäftigung ist nach Ansicht des Sozialisten Kalecki im Kapitalismus nicht möglich, weil bei Vollbeschäftigung die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sich Verhaltensweisen leisten, die mit der Stabilität des Systems nicht vereinbar sind.‹ Die Arbeitslosigkeit ist nach Kalecki im Kapitalismus als Disziplinierungsfaktor notwendig.«

»Dem Kern dieses Gedankens ist zuzustimmen. Jedes kapitalistische Land hat auf die Dauer die Arbeitslosigkeit, die erforderlich ist, um die Gewerkschaften zu veranlassen, sich mit stabilitätskonformen Lohnerhöhungen zufriedenzugeben. Angesichts der Stärke unserer Gewerkschaften und angesichts ihrer mangelnden Kooperationsbereitschaft ist diese stabilitätskonforme Arbeitslosenquote eben zehnmal höher als in der Schweiz, in der Kapitalisten und Arbeitnehmer seit fünfzig Jahren im wesentlichen am gleichen Strang ziehen und so den Arbeitnehmern nicht nur Vollbeschäftigung, sondern über eine hohe Arbeitsproduktivität auch der Welt höchsten Lebensstandard verschafft haben.«

Professor Olaf Sievert, Saarbrücken, der Nachfolger von Armin Gutowski im »Kronberger Kreis« schreibt kurz und bündig in der FAZ vom 13. 8. 1988 u. a.: »Gute Wirtschaftspolitik ist sich sicher, daß es die einfachen Wahrheiten sind, die zählen, nämlich . . . daß hohe Löhne die Beschäftigung gefährden, ohne Wenn und Aber und nicht bloß vielleicht, je nach Kaufkrafteffekt, – daß Kosten Kosten bleiben, auch wenn Kosten-Nutzen-Analytiker sie angesichts anhaltender Arbeitslosigkeit auf das neuartige Erfolgskonto ›positive Beschäftigungseffekte‹ umbuchen wollen . . .« und schließlich: Daß ein Volk seine wirtschaftlichen Probleme nicht löst, wenn es beschließt, daß jeder fünf Stunden in der Woche weniger arbeitet und zur Sicherung dessen die Arbeit rationiert wird, darauf ist wirklich Verlaß.«

So gesehen wäre also die Lohnpolitik der Gewerkschaften alleine schuld daran, daß die Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden kann – so wie es etwa der Altliberale Ludwig von Mises (1881–1973) vor Jahrzehnten ausgedrückt hat:

»Ich möchte hier nur feststellen, daß es die Politik der Gewerkschaften ist, die Löhne über das Niveau hinaus zu erhöhen, das sie in einem freien Markt hätten. . . . Die Festsetzung der Löhne über dem Niveau, das sie in

einem freien Markt hätten, endet immer mit der Arbeitslosigkeit eines beträchtlichen Teils der Arbeitswilligen.« Zit. bei Engels S. 6.

Hieran knüpft nun *Wolfram Engels* seine *Schlußfolgerung*:

»Arbeit ist niemals knapp wie Rohöl, Gold oder andere Güter. Knapp ist nur die Möglichkeit, (die) Arbeitskosten (d. h. Löhne und Lohnnebenkosten) . . . zu erwirtschaften. Wie hoch die Löhne bei Vollbeschäftigung sein können, hängt von der Arbeitsproduktivität (d. h. von der Produktion pro Arbeitsstunde) ab.«

»Es gibt also zwei Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Entweder wird die Arbeitsproduktivität bei gegebenen Arbeitskosten erhöht, oder die Arbeitskosten werden bei gegebener Produktivität gesenkt. Das bedeutet: Entweder muß in erheblichem Maße produktiv investiert werden, oder es muß zu einer Umkehr in der Lohnpolitik kommen.« . . . »Wenn der Wohlstand steigen soll, dann müssen wir mehr, nicht weniger arbeiten. Rationalisierung vernichtet nicht Arbeitsplätze – sie ist die einzige Quelle der Lohnerhöhung. . . . Arbeitslosigkeit ist nicht eine Last, die unsere Entwicklungsmöglichkeiten blockiert – Arbeitslosigkeit ist ein Reservoir an nicht genutzter Arbeitskraft, die die Entwicklungsmöglichkeiten verbessert. . . .«

»*Zurückhaltung in der Lohnpolitik und Förderung produktiver Investitionen sind die Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden.* Aber der Sinn der Lohnzurückhaltung liegt nicht darin, das Einkommen der Arbeitnehmer zu schmälern, sondern die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß es wieder wachsen kann.«

»Das Lohnniveau . . . hängt von der Produktivität der Arbeit ab«, und die Produktivität beruht auf der Leistungsfähigkeit der Kapitalausstattung der Unternehmen. Je höher diese ist, desto höher die Gewinne, und mit steigender Konkurrenz um die Arbeitskräfte steigen dann auch die Löhne.

Wolfram Engels' Fazit: »Zur Unterbeschäftigung kann es erst kommen, wenn die Löhne *unabhängig* von Angebot und Nachfrage *festgesetzt* werden.«

*

Soweit zu dem Verhältnis bzw. ggf. Mißverhältnis von Lohnhöhe und Arbeitsproduktivität als Entstehungsursache von Arbeitslosigkeit. Wenden wir uns nun einem zweiten Aspekt zu, dem Verhältnis von *Geldzins und Kapitalrendite*.

Kein Wirtschaftsunternehmen kann auf die Dauer existieren, wenn es nicht über seine sämtlichen Kosten hinaus auch noch einen Gewinn erzielen kann. Das gilt nicht nur für die Lohnkosten, sondern vor allem auch für die Kapi-

talkosten. Diese sind abhängig vom jeweiligen *Landeszinsfuß*. Ist ein Unternehmen nicht in der Lage, zumindest eine Kapitalverzinsung, eine *Rendite*, in der Höhe des Landeszinsfußes zu erzielen, dann muß es seine Tore schließen. Eine entsprechende Arbeitslosigkeit ist die Folge.

Wolfram Engels: »Im Prinzip handelt es sich bei Störungen in der Investitionstätigkeit um ein Ungleichgewicht zwischen Kapitalkosten und Renditeerwartungen. Sind die Geldzinsen (bzw. allgemein die Kapitalkosten) höher als die erwarteten Renditen, dann investiert ein Unternehmen nicht. Es legt seine Mittel in Geldvermögen (z. B. Bundesanleihen) an. Ein Ungleichgewicht von Kapitalkosten und erwarteten Gewinnen bedeutet gleichzeitig ein Ungleichgewicht von Investitionskosten und den Preisen der fertigen Investitionsobjekte.«

Engels weiter: »Betrachtet man den Zusammenhang im reinen Modell, dann führt eine Konjunkturkrise (d. h. das Fallen der Renditeerwartungen unter die Kapitalkosten bzw. das Fallen der Preise von Investitionsobjekten unter die Investitionskosten) *bei völlig flexiblen Güterpreisen und Löhnen* zum Preis- und Lohnverfall, nicht aber zu einer Änderung des Produktionsvolumens und der Beschäftigung. *Sind die Preise und Löhne* (aber) *starr*, so ändert sich demgegenüber am Preis- und Lohnniveau nichts. Es sinken Produktion und Beschäftigung.

»*Der Zinsmechanismus kann versagen*«, weil die erwarteten Renditen sehr niedrig oder gar negativ (Verluste) werden können. Dann helfen Zinssenkungen nicht mehr, *weil der Geldzins* – von Ausnahmen abgesehen – *nicht negativ werden kann*. »Das ist der Fall, den *Keynes* im Auge hatte. Der Zins war in der Wirtschaftskrise in England nach unten ausgereizt. Das war in den 70er und 80er Jahren anders. Unter dem Lohnkostendruck trat eine ständige Inflationstendenz auf, die ihrerseits mit hohen Zinsen bekämpft werden mußte.«

»Damit haben wir *die beiden Schlüsselzahlen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit*:«

- Die *Arbeitskosten* dürfen *nicht höher sein als die (Grenz-)Produktivität der Arbeit*, und
- die *Kapitalkosten* dürfen *nicht höher sein als die* (erwarteten) *Renditen*.

Alle Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen mindestens eine der Relationen verbessern.« (S. 13)

So also *Wolfram Engels*. Während er sich aber im weiteren Fortgang seiner Schrift ausschließlich mit dem Verhältnis der Arbeitskosten zur Produktivität der Arbeit beschäftigt, geht er auf das Problem der relativen Starrheit der Kapitalkosten (Zinsen) und deren *Ursachen* überhaupt nicht ein. Darüber soll dann weiter unten gesprochen werden.

*

Im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den beiden letzten Jahrzehnten stellt *Engels* fest, daß

- 1) die Löhne der Produktivität voraus geeilt seien mit der Folge, daß die Unternehmen die weniger produktiven *Arbeitsplätze abgebaut* haben und daß sie statt dessen
- 2) durch *Rationalisierung* die älteren Arbeitsplätze produktiver gestaltet haben (im Gegensatz zu den USA, wo das Kapital überwiegend zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt worden sei – mit der entsprechenden Steigerung der Beschäftigung bei fast konstant gebliebenen Reallöhnen).
- 3) Hinzu kommt, daß durch *höhere Lohnnebenkosten, Sozialabgaben und Steuern* weniger vom Nettolohn übrig geblieben ist.
- 4) Die Risiken der Beschäftigung haben sich auch für den Unternehmer dadurch erhöht, daß noch Kündigungsschutz, Mutterschutz usw. eine größere Rolle als früher spielen. Die Folge: »Während man früher Arbeitskosten als variable Kosten betrachtete, muß der Unternehmer sie heute als Fixkosten kalkulieren.«

Die Folge dieser Entwicklung ist ein Wandel im Unternehmerverhalten. Abgesehen davon, daß diese Risiken nur eingeht, wer mit einem großen Auftragspolster rechnen kann, ist auch die Fähigkeit der Unternehmen, Risiken zu tragen, dadurch zurückgegangen, daß die Eigenkapitalquote der Unternehmen nach der Währungsreform »ziemlich kontinuierlich von vermutlich weit über 60 Prozent bis auf rund 19 Prozent heute gefallen ist«. (Seite 19)

»Fragt man sich, warum die Unternehmen so wenig investieren, so fällt auf, daß in unserer Volkswirtschaft immer weniger Kapital gebildet wurde. . . . Von dem neu gebildeten Kapital floß ein immer kleinerer Teil in die Wirtschaft. Die Netto-Investitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) sind viel stärker gefallen als die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung.

»Ein Blick auf die Entwicklung der Investitionsrenditen der Unternehmen und Kapitalkosten zeigt, daß die Renditen der Unternehmen geringer geworden sind als die Zinsen auf Bundesanleihen, so daß die Unternehmen ihre Mittel lieber in sichere Anleihen als in riskanten Sachinvestitionen anlegen.« (Seite 21)

Wie schon *David Hume* vor über 250 Jahren in seinem Werk »Of Interest« geschrieben hat: »Niemand wird sich mit einem niedrigen Gewinn begnügen, wo er hohe Zinsen bekommen kann; und niemand wird sich mit niedrigen Zinsen begnügen, wo er einen hohen Gewinn erlangen kann.« (vgl. *Alfred Kruse* »Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien«, Seite 49)

Oder lesen wir bei *Fritz W. Scharpf*: »Zunächst und vor allem braucht Kapital nicht unbedingt überhaupt angelegt zu werden, sondern es kann immer auch in Form liquider Mittel gehalten werden, wenn die gegenwärtig gebotenen Anlageoptionen zu riskant erscheinen. Es kann also wenigstens zeitweilig

aus dem Wirtschaftskreislauf ausscheiden und in der von *Keynes* entdeckten »Liquiditätsfalle« (»Hortung« nach *Silvio Gesell*) verschwinden. Die Folge davon wäre eine Verknappung und Verteuerung von Anlagekapital und damit eine gesamtwirtschaftliche *Investitionslücke*, durch die im weiteren Verlauf auch Produktion, Beschäftigung und Konsum beschränkt werden. In der Regel ist mit der Liquiditätshaltung allerdings der Verzicht auf Rendite verbunden, so daß Investitionsvorhaben mit sicherer Rendite trotzdem eine preisgünstige Finanzierung finden.

»Dies gilt jedoch nicht gegenüber Optionen der nichtproduktiven, aber renditebringenden Finanz- und Geldanlagen. Arbeitsplatzschaffende Investitionen konkurrieren auf den Anlagemärkten ja nicht nur gegen die »Liquiditätsfalle«, sondern auch gegen die vielgestaltigen Angebote anderer rentabler Anlagemöglichkeiten auf den nationalen und internationalen Geld- und Devisenmärkten, auf den Märkten für zinsbringende und sichere öffentliche Anleihen und auf den Märkten für spekulative oder wertbeständige Sachanlagen.« (Aus *Fritz W. Scharpf* »Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa«, Campus-Verlag 1987) (Weiteres hierzu in der *Anlage*)

Warum aber das *Geld* in jedem Falle der für alle Investitionen *entscheidende Faktor* ist, darüber schrieb *Keynes* u. a.:

»Überdies ist, wie wir wissen, die Erhebung des Geldzinsfußes zum ausschlaggebenden Zinsfuß ebenso sehr auf die *niedrigen Durchhaltekosten des Geldes* als auf seine *hohe Liquiditätsprämie* zurückzuführen. Denn worauf es ankommt, ist die *Differenz zwischen der Liquiditätsprämie und den Durchhaltekosten*; und im Falle der meisten Waren . . . sind die Durchhaltekosten mindestens ebenso hoch wie die Liquiditätsprämie.« (*Keynes* »Allgemeine Theorie« S. 198)

Insoweit sich *Wolfram Engels* mit den Überlegungen von *Keynes* beschäftigt hat, ist er gerade auf den Kern der *Keynes'schen Gedanken nicht* eingegangen. In dem Abschnitt »*Keynesianismus: Theorie und Erfahrung*« schreibt er:

»Die Rezession von 1967 wurde in der Bundesrepublik als Katastrophe empfunden. Rückblickend nimmt sie sich harmlos genug aus. Die Arbeitslosigkeit lag 1967 bei 400 000 (in der Spitze 600 000), das Haushaltsdefizit lag bei 3 Mrd. DM, die Inflationsrate war auf 3,6% gestiegen. 1966 war – erstmals seit 1953 – ein Leistungsbilanzdefizit aufgetreten. Die Rezession führte aber zu einem Wechsel in der wirtschaftspolitisch herrschenden Doktrin: War in der Bundesrepublik bis dahin eine konservative, »neoklassische« Politik betrieben worden, so trat nun die progressive; Keynesianische Politik die Herrschaft an.

»Die beiden großen Denkrichtungen in den Wirtschaftswissenschaften unterscheiden sich bei der Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit kaum,

wohl aber bei den Empfehlungen zu ihrer Bekämpfung. *Keynes* war davon ausgegangen, daß Lohnsenkungen als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit politisch nicht durchsetzbar seien. Er entwickelte einen Werkzeugkasten mit anderen Instrumenten. Es handelte sich um staatliches »deficit spending« zur Belebung der Nachfrage, *Inflation als Schmiermittel der Wirtschaft*, *Manipulation des Wechselkurses zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit*. Wir wissen heute, daß diese Rezepte in der Bundesrepublik und in anderen Ländern versagt haben. Wir wissen auch, wo die Fehler lagen.

»Staatliche Defizite beleben die Wirtschaft nur, wenn die staatliche Kreditnachfrage nicht die private Kreditnachfrage verdrängt – also bei niedrigen Zinsen und extrem hoher Kassenhaltung. Mit *Inflation und Wechselkursmanipulation* lassen sich die Sünden in der Lohnpolitik nur dann heilen, wenn *Inflation und Wechselkursänderung* nicht von vornherein von den Tarifvertragsparteien in Form höherer Lohnabschlüsse, von Anlegern und Investoren in Form höherer Zinsen einkalkuliert werden (sog. Theorie rationaler Erwartungen). Kurz: *Inflation und Wechselkursänderung* können nur dann und insoweit reale Wirkungen haben, als irgendwelche Leute sich täuschen oder bewußt getäuscht werden.

»Die eigentliche Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs in den 70er Jahren waren aber nicht Fehler keynesianischer Theorie, sondern ihre psychologischen Folgen und damit Änderungen im Verhalten von Politikern, Gewerkschaftlern und anderen Gruppen. Nachdem die Rezession von 1967 scheinbar mit keynesianischen Maßnahmen überwunden worden war, glaubte man, für die Zukunft Rezessionen verhindern zu können. Man war überzeugt, daß es möglich sei, ein gleichmäßig warmes Konjunkturklima und ewige Vollbeschäftigung zu erzeugen. Ein Schlagwort der Zeit war das »fine tuning« – auch kleinste Konjunkturausschläge, das Atmen des Wirtschaftswachstums, sollten verhindert werden. *Das Konjunkturdenken überwucherte das Ordnungsdenken*. Es geriet völlig in Vergessenheit, daß Arbeitslosigkeit andere als konjunkturelle Ursachen haben könnte, daß Kapitalbildung Voraussetzung jeder Investition ist, daß es für die Belastbarkeit der Wirtschaft und die staatlichen Ausgaben Grenzen gibt.« (S. 24/25)

*

Exkurs

Es dürfte sicherlich von besonderem Interesse sein, wenn wir an dieser Stelle einmal festhalten, was *Keynes* selbst zu »*Inflation*« und »*Wechselkursmanipulationen*« gesagt hat.

1) *Keynes* hat sich an den verschiedensten Stellen seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« mit der *Quantitätstheorie*

des Geldes beschäftigt, wobei er ausdrücklich auch die *Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge* in seine Überlegungen mit einbezogen hat. Er hat dies u. a. in der Formel $MV = D$ zum Ausdruck gebracht, wobei M für Geldmenge steht, V für Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes (income-velocity of money) und D für wirksame Nachfrage. Wenn dann die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beständig ist, werden sich die Preise im gleichen Verhältnis wie die Geldmenge ändern. Wenn aber die Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes, d. h. praktisch die Nachfrage, nicht beständig ist, weil die *Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals* als Folge sinkender Rendite-Erwartungen *zusammengebrochen* ist und weil, als deren weitere Folge, sich die *Vorliebe für Liquidität* erheblich *verstärkt* und dadurch auch noch den *Zinsfuß* stark *in die Höhe* gedrückt hat, dann entsteht die Frage, *wie* der damit verbundene *Zusammenbruch der Konjunktur* überwunden werden kann.

Dies war die Frage, vor der *Keynes* stand: »Es ist in der Tat dieser Umstand, der die Krise so schwer lösbar macht. Später wird eine Senkung des Zinsfußes eine große Hilfe und wahrscheinlich eine notwendige Bedingung für den Anstieg sein. Für den Augenblick aber kann der Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so vollständig sein, daß keine durchführbare (!) Senkung des Zinsfußes groß genug sein wird. Wenn eine Senkung des Zinsfußes an sich ein wirksames Hilfsmittel sein könnte, wäre es möglich, einen Anstieg ohne beträchtlichen Zeitverlust und durch mehr oder weniger unmittelbar unter der Leitung des Währungsamtes stehende Maßnahmen zu vollbringen. Tatsächlich ist dies aber gewöhnlich nicht der Fall; und es ist nicht so leicht, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu beleben, die nun einmal durch die unlenkbare und unbelehrbare Psychologie der Geschäftswelt bestimmt wird. Es ist gewissermaßen der Gegendienst des Vertrauens, der sich in einer Wirtschaftsform des individualistischen Kapitalismus einer Kontrolle gegenüber so unzugänglich verhält. Dies ist der Gesichtspunkt der Börse, den Bankiers und Geschäftsleute mit Recht hervorgehoben haben und den diejenigen Ökonomen unterschätzt haben, die ihren Glauben in ein »rein monetäres« Heilmittel gesetzt haben.« (Allgemeine Theorie S. 268)

Keynes kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß es nahezu ausgeschlossen ist, daß sich eine zusammengebrochene Konjunktur so bald wieder erholen wird:

»Wenn der Anstieg einmal eingesetzt hat, ist die Art, in der er sich aus sich selbst nährt und steigert, offensichtlich. Während der Abwärtsphase aber, wenn sowohl Kapitalanlagen als auch Warenvorräte zeitweilig reichlich sind und das Arbeitspotential vermindert wird, kann die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so tief fallen, daß sie durch keine irgendwie durchführbare Senkung des Zinsfußes derart korrigiert werden kann, daß dadurch eine befriedigende Rate neuer Investitionen gesichert wird. Wie wir

außerdem gesehen haben, können die entsprechenden Bewegungen auf dem Wertpapiermarkt den Hang zum Verbrauch (gerade dann) stark drücken, wenn er am dringendsten benötigt wird. Unter den Bedingungen des *laissez-faire* kann sich daher die Verhinderung großer Schwankungen in der Beschäftigung ohne eine weitgehende Änderung in der Psychologie der Investitionsmärkte, die zu erwarten wir keinen Grund haben, als unmöglich erweisen. Ich schliesse daraus, daß die Aufgabe, die Investitionen zu lenken, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann.« (Allgemeine Theorie S. 270/71)

Obwohl nun *Keynes* das Werk von *Silvio Gesell*, insbesondere »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, durchaus gekannt hat – vor allem auch *Gesells* Vorschlag der Senkung des Zinsfußes durch Belastung des Geldes mit »Durchhaltekosten« in der Form der »gestempelten« Banknoten –, hat er dennoch diesen Vorschlag nicht aufgegriffen, weil er ihm nicht ausgereift und unter den gegebenen Umständen (1935/36) auch nicht realisierbar erschien.

Statt dessen schlug er vor, die für die Wiederankurbelung der Konjunktur fehlende Nachfrage durch die Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel mit Hilfe des Staates bzw. durch eine »ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen« zu ersetzen. Dies ist *Keynes'* Ausgangspunkt für den Vorschlag des staatlichen »deficit spending« zur Belebung der Nachfrage. Daß *Keynes* selbst damit aber zu einer ausgesprochenen *Inflationspolitik* geraten hätte, davon kann keine Rede sein.

2) Noch unhaltbarer ist der Vorwurf der »*Manipulation des Wechselkurses* zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit«. Hören wir *Keynes* selbst:

»Das Schwergewicht meiner Kritik richtet sich somit gegen die Unzulänglichkeit der *theoretischen* Grundlagen der *laissez-faire*-Doktrin, in der ich erzogen wurde, und die ich während vieler Jahre gelehrt habe; – gegen die Anschauung, daß der Zinsfuß und die Menge der Beschäftigung sich von selbst auf das optimale Niveau einstellen, so daß es Zeitverschwendung wäre, sich mit der *Handelsbilanz* abzugeben. . . .

»Unter dem Einfluß dieser fehlerhaften Theorie hat die City von London allmählich die gefährlichste Technik für die Erhaltung des Gleichgewichts ausgearbeitet, die man sich überhaupt denken kann, nämlich die Technik, die Bankrate mit einer *starren Parität der auswärtigen Wechselkurse* zu kuppeln. Denn dies bedeutete, daß das Ziel der Erhaltung eines mit Vollbeschäftigung zu vereinbarenden Zinsfußes völlig ausgeschaltet wurde. Da es in Wirklichkeit unmöglich ist, die *Zahlungsbilanz* zu vernachlässigen, wurde ein Mittel für ihre Kontrolle entwickelt, das, *statt den inländischen Zinsfuß zu schützen*, ihn der Wirkung blinder Gewalten opferte.« (Allgemeine Theorie S. 287)

»Die *Merkantilisten* waren in keiner Täuschung befangen über den nationalistischen Charakter ihrer Politik und deren Neigung, dem Kriege Vorschub zu leisten. Was sie offenkundig bezweckten, war *nationaler* Vorteil und *verhältnismäßige* Stärke.

»Wir mögen sie für die anscheinende Gleichgültigkeit tadeln, mit der sie diese unvermeidliche Folge eines internationalen Geldsystems annahmen. Aber intellektuell ist ihr Realismus bei weitem dem verworrenen Denken zeitgenössischer Befürworter eines *internationalen festen Goldstandards* und des *laissez-faire* in internationalen Anleihen vorzuziehen, die glauben, daß es gerade diese Politik ist, die am meisten den Frieden fördert.

»Denn in einer Wirtschaft, die geldlichen Kontrakten und Gebräuchen unterworfen ist, die über einen beträchtlichen Zeitabschnitt mehr oder weniger festgesetzt sind, in der die Menge des *inländischen Geldumlaufes* und der *inländische Zinsfuß* hauptsächlich *durch die Zahlungsbilanz bestimmt* werden, wie dies in Großbritannien vor dem Krieg der Fall war, steht den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Inland zur Verfügung, als das *Ringens nach einem Ausfuhrüberschuß* und nach einer Einfuhr des Geldmetalles auf Kosten ihrer Nachbarn.

»Nie in der Geschichte ist eine Methode erdacht worden, die den Vorteil jedes Landes wirksamer in Gegensatz zum Vorteil seiner Nachbarn gebracht hätte, als der internationale *Goldstandard*. Denn er machte den inländischen Wohlstand unmittelbar vor der wetteifernden Jagd nach Märkten und dem wetteifernden Appetit auf die Edelmetalle abhängig. Wenn durch einen glücklichen Zufall die neuen Angebote von Gold und Silber verhältnismäßig reichlich waren, mag der Kampf etwas nachgelassen haben. Aber mit dem Anwachsen des Reichtums und mit dem abnehmenden Grenzhang zum Verbrauch hat er die Neigung gehabt, zunehmend vernichtend zu werden.

»Die Rolle, die von den orthodoxen Ökonomen gespielt wurde, deren gesunder Menschenverstand nicht ausreichte, um ihrer falschen Logik entgegenzuwirken, ist bis zum letzten Akt verhängnisvoll gewesen. Denn wenn einige Länder in ihrem blinden Ringens nach einem Ausweg die Verpflichtungen abgeworfen hatten, die früher einen *autonomen Zinsfuß* unmöglich gemacht hatten, so haben diese Ökonomen gelehrt, daß die Wiederherstellung der früheren Ketten ein notwendiger erster Schritt zu einem allgemeinen Anstieg sei.

»In Wahrheit trifft das Gegenteil zu. Es ist die Politik eines *autonomen Zinsfußes*, ungehemmt von internationalen Voreingenommenheiten, und eines auf ein Optimum inländischer Beschäftigung gerichteten *nationalen Investitionsprogramms*, das doppelt gesegnet ist in dem Sinne, daß es gleichzeitig uns selbst und unseren Nachbarn hilft. Und es ist die gleichzeitige Verfolgung

dieser Politik gemeinsam durch alle Länder, die wirtschaftliche Gesundheit und Stärke international wiederherstellen kann, ob wir sie am Niveau der inländischen Beschäftigung oder an der Menge des internationalen Handels messen.« (Allgemeine Theorie S. 295)

Es kam *Keynes* also gerade nicht darauf an, mit »Manipulationen des Wechselkurses« die »internationale Konkurrenzfähigkeit« zu verbessern, sondern er wollte die durch die starren Wechselkurse übertragenen Störungen der Kaufkraftparität verhindern. Er wollte also die *Wechselkursparität beseitigen*, um durch *flexible Wechselkurse* zu echter *Kaufkraftparität* der Währungen zu gelangen und dadurch zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz, d.h. zum *Außenwirtschaftlichen Gleichgewicht* als Voraussetzung einer friedlichen Entwicklung des internationalen Handels.

*

Zurück zu Wolfram Engels

»Kluge Keynesianer wie der damalige Wirtschaftsminister *Karl Schiller* haben vergeblich vor dieser Euphorie (der Konjunkturbelebung durch deficit spending, Fiskalpolitik usw.) gewarnt (»Laßt die Tassen im Schrank!«). . . . Als Lohnforderungen und Haushaltsdefizite zu Beginn der 70er Jahre geradezu explodierten, nahm er 1972 seinen Hut (wie schon vor ihm *Alex Möller* als Finanzminister).

Aber »Bundeskanzler *Brandt* hatte immer wieder – im Vertrauen auf das neugeschmiedete Waffenarsenal – eine *Vollbeschäftigungsgarantie* abgegeben. Er hat damit die Tarifvertragsparteien aus der Verantwortung für die Beschäftigung entlassen. Man darf sich nicht darüber wundern, daß die Lohnforderungen zweistellig wurden. Ein Gewerkschaftsführer ist schließlich der Interessenvertreter seiner Mitglieder. . . .«

»Politiker haben einen Hang zum Geldausgeben. Sie verstreuen – besonders in Vorwahlzeiten – mit Leidenschaft Wohltaten unter das Volk. Bis dahin war ihre Leidenschaft durch die Furcht vor Defiziten gezügelt worden. Nun gab es eine neue Wirtschaftslehre, die die Defizite selbst für wohltätig, weil wirtschaftsanregend ausgab. Die Furcht vor Defiziten schwand. Die Staatsausgaben explodierten. Von 1969 bis 1975 stieg der Staatsanteil am Sozialprodukt von 37 % auf 48 % – die schnellste Steigerung, die es jemals mit Ausnahme des 2. Weltkrieges gegeben hatte und gleichzeitig eine Übererfüllung der Juso-Forderung von 1969 um 100 % in der halben Zeit. Wie stark die Euphorie alle Parteien erfaßt hatte, zeigt sich darin, daß nahezu sämtliche ausgabewirksamen Gesetze mit den Stimmen der CDU/CSU beschlossen wurden.«

»Die keynesianische Theorie« – meint *Wolfram Engels* – »ist in den Rezessionen von 1974/75 und 1980/82 gescheitert. Schon in der zweiten

Hälfte der 70er Jahre wurde die Wende zu größerer Nüchternheit vollzogen.«
(Seite 25)

Soweit vorerst *Wolfram Engels* zum »Keynesianismus«.

*

Wie soll nun die Arbeitslosigkeit behoben werden? Zunächst zur »Fehlana-
lyse: *Nachfragemangel und Deflation*« (*Engels*).

1. Die *Sättigungstheorie*. Sie behauptet, es fehle an Nachfrage, es gebe sehr viel mehr unbefriedigte Wünsche als Geld, diese Wünsche zu erfüllen, von den Bedürfnissen der Allgemeinheit gar nicht zu reden. Die Sättigungsthese ist also unhaltbar. Eine andere Frage ist es freilich, worauf der Nachfragemangel beruhen kann. Darauf weiter unten eine klärende Antwort.

2. Die *Unterkonsumtionsthese*. Sie behauptet, daß die Leute zu viel sparen. Deshalb könne die Industrie ihre Produkte nicht absetzen. Zwar drücke die höhere Sparquote auf den Zins, doch rege dies die Investitionen nicht an, weil die Wirtschaft wegen des Mangels an Nachfrage Überkapazitäten habe. Mit der These wird behauptet, daß es eine volkswirtschaftlich optimale Sparquote gebe, die tatsächliche Sparquote sei also höher als die optimale. *Engels* dagegen: »Auf die Ersparnis (im Sinne der Vermögensbildung) kommt es für das Gleichgewicht einer Volkswirtschaft nicht an. Es kommt darauf an, daß die Geldvermögensbildung die Bereitschaft zur Kreditaufnahme nicht übersteigt. Dieses Verhältnis beruht aber auf der *Relation von Geldzinsen und Investitionsrenditen*. Sind die Zinsen niedrig genug, dann wären Investitionen (vom Hausbau bis zum Umweltschutz) leichter bezahlbar.«

Genau dies ist der Punkt! Aber *warum* die Zinsen nicht niedrig genug sein können, danach fragt *Engels* nicht.

Er stellt vielmehr fest: »Nachfragemangel- und Unterkonsumtions-These finden weder in der Theorie noch in der Praxis irgendeine Stütze.« (Seite 27)*

Wirklich? Keine Stütze? Von *Keynes'* Feststellung der »*Liquiditätsbevorzugung*« als Folge der niedrigen »*Durchhaltekosten*« des Geldes mit der weiteren Folge seiner günstigen *Liquiditätsprämie*, dem *Zins* also, scheint *Engels* noch nichts gehört zu haben; und noch weniger offenbar von jenem *Keynes'*-schen Wort:

»Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden« (*Keynes* »Allgemeine Theorie«, Seite 196)

3. *Lohn/Kaufkraft-Theorie*. Sie besagt, daß man die Arbeitslosigkeit durch Lohnerhöhungen beseitigen könne. Wenn die Löhne steigen, dann haben die Arbeiter mehr Kaufkraft. Mehr Kaufkraft bedeutet mehr Nachfrage. Mehr Nachfrage regt die Investitionen an. Wenn aber die höheren Löhne keine Produktionssteigerung zur Folge haben, dann sinken die Gewinne. Denn mit den höheren Löhnen geht ja durch die entsprechend höheren Lohnnebenkosten eine zusätzliche Belastung der Unternehmen einher. *Engels* wörtlich: »Immer wenn die Lohnquote steigt, geht die Wirtschaftskonjunktur zurück.« Und: »Auch eine geringe Erhöhung der Lohnquote (ohne Produktionssteigerung) geht mit einem starken Verfall der Gewinne einher.« (Seite 28) Mithin ist auch die Lohn/Kaufkraft-Theorie unhaltbar.
4. Die *Deflationstheorie*. Von den Gewerkschaften wird die Schuld an der Arbeitslosigkeit oft der Bundesbank zugeschoben. Die Bundesbank habe eine Politik des knappen Geldes betrieben und dadurch die Zinsen hochgetrieben und Investitionen verhindert; die Investitionsnachfrage sei aber doch gerade besonders wichtig für die Überwindung der Arbeitslosigkeit. *Wolfram Engels* schreibt dazu:
 »Der Lohnkostendruck hatte in den 70er Jahren eine ständige Inflationstendenz begünstigt. Die Unternehmen versuchten, ihre Rendite aufrecht zu erhalten. Sie setzten die Preise herauf. Die Bundesbank bekämpfte die Inflationstendenz mit höheren Zinsen. . . . Die Renditen sanken, weil sich die Lohnerhöhungen nur teilweise auf die Preise überwälzen ließen, und die Zinsen stiegen, weil die Bundesbank die Inflation bekämpfte. Als Folge sanken die Investitionen. Hätte in dieser Zeit kein Lohnkostendruck geherrscht, dann hätte auch die Bundesbank den Zügel locker lassen können. Die Renditen wären nicht gefallen und die Zinsen nicht gestiegen. Es wäre mehr investiert worden.« (S. 32)

*

»*Febllanalysen: Arbeitsknappheit und Arbeitszeitverkürzung*«

Arbeitsmöglichkeiten gibt es genug. Vieles bleibt aber ungetan, weil das Arbeitspotential (angeblich) nicht ausreicht. Begrenzt ist lediglich die Möglichkeit, Löhne zu zahlen. Wenn Arbeit teuer ist, dann werden viele Arbeiten überhaupt nicht mehr und andere von Maschinen getan.

Demgegenüber sagt die *These* von der *Arbeitsknappheit*, daß die Produktivitätssteigerungen zu immer mehr Arbeitslosigkeit führen müßten. Deshalb müßten die Rationalisierungen gebremst und die knappe Arbeit gleichmäßiger verteilt werden. (So auch die *These* von *Oskar Lafontaine*) *Engels* dagegen: »Wir müssen die Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung oder Lohnzurückhaltung beseitigen. Das Ergebnis wird mehr Wachstum sein.« (S. 34)

Zur »Rationalisierungsblockade« sagt Engels: »An funktionierenden Märkten führt Rationalisierung nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen, sondern zu höheren Einkommen. . . . Nicht Rationalisierung, sondern Lohnkostendruck führt zum Verlust von Arbeitsplätzen. Deutschland kann mit Niedriglohnländern nur konkurrieren, wenn die Arbeitsproduktivität hier höher ist als dort. Anders ausgedrückt: *Rationalisierung ist die Quelle jeder Lohnerhöhung.*« (Seite 36)

Ganz anders beurteilt *Helmut Arndt* dieses Problem in seinem Buche »Vollbeschäftigung«. (Erschienen bei Duncker & Humblot 1984) Er schreibt bereits in seinem Vorwort: »In Marktwirtschaften entsteht Unterbeschäftigung, wenn sich das Güterangebot schneller entwickelt als die Nachfrage, weil die Unternehmen, aus welchen Gründen auch immer, der Rationalisierung ihrer Produktion den Vorzug vor der Kreation neuer Konsumgüter geben.« »*Jedes neue Konsumgut weckt neue Bedürfnisse* und gibt damit der gesellschaftlichen Nachfrage neue Impulse. Jedes *neue* Produkt (und jede völlig *neue* Produktqualität) schafft sich erst den Bedarf und damit die Nachfrage, der es dient.« (S. 38) Auf die Förderung von *Innovationen* komme es daher ganz entscheidend an.

Nun zur Forderung der Gewerkschaften nach *Arbeitszeitverkürzung*. *Wolfram Engels* schreibt dazu u. a.:

»Arbeitszeitverkürzung ist bei wachsendem Wohlstand vernünftig. . . . Das Wirtschaftswachstum nimmt nicht nur die Form von mehr Gütern, sondern auch die Form von mehr Freizeit an. . . . Die Gewerkschaften fordern Arbeitszeitverkürzung (aber) nicht, um größeren Wohlstand zu verteilen, sondern um eine Krise zu beheben.

»Die Begründung erscheint zunächst plausibel. Arbeit ist angeblich ein knappes Gut. Wenn über 9% der Arbeitswilligen keine Arbeit finden, dann muß man eben das knappe Gut »Arbeit« gleichmäßiger verteilen. . . . Das Rezept ist nicht neu. Es wurde vielfach angewandt. Es endete stets mit einem Mißerfolg. Der *Denkfehler* liegt in der *Annahme*, die *Arbeit* sei *knapp*. Begrenzt (aber) ist immer nur die Möglichkeit, bestimmte Löhne zu erwirtschaften. . . .« (S. 37/38)

1) »Verkürzt man die Arbeitszeit bei *gegebenem* Stundenlohn, so daß . . . insgesamt weniger gearbeitet, weniger produziert und weniger verdient wird (der Sachverständigenrat nennt dies »Senkung des Aktivitätsniveaus der Volkswirtschaft«), dann würde sich an der Arbeitslosigkeit nichts ändern. Die Beschäftigten würden aber (entsprechend) weniger verdienen.«

2) »Die extrem entgegengesetzte Möglichkeit bestünde darin, daß das Arbeitsvolumen und die Produktion erhalten bleibt, daß also die Unternehmen die *ausfallende Arbeitszeit* ihrer alten Mitarbeiter *durch Neueinstellungen kompensieren*. Dann wäre die Arbeitslosigkeit beseitigt, aber der Lohn pro

Beschäftigten ginge um 12,5% zurück, bei gleichbleibender Gesamtlohnsumme aller Arbeitnehmer.

3) Es werden keine neuen Mitarbeiter eingestellt, sondern die alten machen *Überstunden* mit entsprechender *Lohnerhöhung* dafür.

Wie einmal die *Reaktion* auf die verschiedenen Arbeitszeitverkürzungen sein würde, konnte *Engels* 1984 natürlich noch nicht voraussehen. Er vermutete lediglich, daß Fall 2 – konstantes Arbeitsvolumen, durch Neueinstellungen erreicht – (es wäre seiner Meinung nach die günstigste Lösung) kaum realisierbar sei, wengleich in diesem Falle die Lohnsumme konstant bliebe, wohingegen sie in den beiden anderen Fällen sinken würde.

»Ganz anders sieht die Prognose aus, wenn der Lohn der ausfallenden Stunden durch eine Lohnerhöhung ausgeglichen werden soll (*Lohnausgleich*). In diesem Falle müßte der Stundenlohn bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden um 14,3% erhöht werden. Soll zusätzlich noch die Preissteigerung ausgeglichen werden und rechnet man die ohnehin programmierte Steigerung der Lohnnebenkosten (1,4% 1984) ein, so ergibt sich eine Erhöhung der Lohnkosten um rd. 18%.« Diese Lohnerhöhung läge natürlich weit über dem verteilbaren Produktionsfortschritt von 2 bis 3%. So würden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern weitere vernichtet. . . .« Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich würde Millionen zusätzlich arbeitslos machen.« (S. 36–39)

So also *Wolfram Engels* 1984. Inzwischen hat die Debatte über die verschiedenen Vorschläge zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ob mit oder ohne Arbeitszeitverkürzung für zum Teil ungeheuere Erregung gesorgt. Insbesondere *Oskar Lafontaine* hat mit seinem Vorschlag einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich geradezu eine Lawine des Protests losgetreten.

*

Exkurs

Wie zu erwarten war, ist der Vorschlag von *Oskar Lafontaine* von der SPD keineswegs einmütig begrüßt worden. Zwar heißt es in dem *SPD-Parteivorstands-Beschluß* vom 14. 3. 88, daß man mit sich über nach Einkommen differenzierte finanzielle Opfer bei Arbeitszeitverkürzungen reden lasse, wenn die Arbeitgeber ihrerseits zu einem Gewinnverzicht durch eine arbeitsplatzschaffende Verwendung ihrer Gewinne bereit seien. Die massive Umverteilung seit 1982 zugunsten der Unternehmen und Vermögensbesitzer habe insbesondere zu einem steilen Anstieg der liquiden Guthaben geführt. Dies sei eine Folge der von der Regierung betriebenen »Angebotspolitik«. Und mit ihren Steuerplänen wolle die Regierung diese Angebots- und Umverteilungspolitik sogar noch fortsetzen. Deshalb sei Arbeitszeitverkürzung nur ein Mittel zur Beh-

bung der Arbeitslosigkeit. Wichtiger sei die Erhaltung der Nachfrage und die Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen durch die von der SPD vorgeschlagene Verwirklichung eines 50 Milliarden »Arbeit, Umwelt und Investitions«-Programms innerhalb von zwei Jahren.

Herbert Ehrenberg, der einstige SPD-Bundesarbeitsminister, verwies in einer Stellungnahme unter dem Titel »Ein ›Lohnopfer‹ hilft den Arbeitslosen nicht« (in der FAZ vom 23. 8. 88) darauf, daß die Lohnquote von 74,4% im Jahre 1981 auf 68,8% im Jahre 1987 zurückgegangen sei, daß aber der von den Angebotspolitikern erwartete Investitionsschub ausgeblieben sei. Er sagte u. a.: »Obwohl von 1981 bis 1987 der Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 175 Mrd. DM betrug, während sich die Nettolohn- und Gehaltssumme nur um 74 Mrd. DM erhöhte, blieb die Summe der privaten Anlageinvestitionen um rund 79 Mrd DM hinter den Unternehmereinkommen zurück, ihre Zuwachsrate verlief parallel zu den Arbeitnehmerinkommen. Einen sprunghaften Anstieg aber gab es im Kapitaltransfer. Während 1981 die Kapitalbilanz noch mit einem Plus von 5,8 Mrd. DM abschloß, übertrafen 1986 die Anlagen deutscher Kapitaleigner im Ausland die ausländischen Kapitalanlagen in der Bundesrepublik um 80,2 Mrd., in den ersten fünf Monaten 1988 waren es bereits 42 Mrd. DM. . . . Alle Überlegungen zu Arbeitszeitverkürzungen ohne oder mit Lohnausgleich gehen von der irrigen Vorstellung aus, daß es einen begrenzten Vorrat an Arbeit gebe. Der . . . ökologische Tod der Nordsee, das Waldsterben usw. zeigen die Fülle notwendiger Investitionen. »In einer (steuerpolitischen) Umlenkung der ins Ausland fließenden Kapitalströme liegt der Schlüssel für mehr Beschäftigung und mehr Umweltqualität – nicht in einer Neuverteilung des Arbeits- und Lohnvolumens.

»Solidaropfer der Arbeitenden zugunsten der Arbeitslosen sind populär; sie klingen gut sozialistisch und christlich zugleich. Aber diese Forderung beruht auf dem ökonomischen Trugschluß eines starren Arbeits- und Lohnvolumens. Ihre Erfüllung würde durch die damit verbundene Reduzierung der Gesamtnachfrage . . . eine weitere Verminderung der Investitionen nach sich ziehen . . .« Soweit *Herbert Ehrenberg*.

Wenn man sich die unterschiedlichsten Auffassungen der verschiedenen Sprecher der SPD – so von *Franz Steinkühler*, *Wolfgang Roth* (dem besonders das schwedische Modell der Steuerbegünstigung der reinvestierten Gewinne vor Augen steht), *Peter von Oertzen*, *Anke Fuchs* u. a. m. vor Augen hält, so ist bislang noch nicht vorauszusehen, wie das im Sommer 1989 in Bremen zu verabschiedende Grundsatzprogramm der SPD einmal aussehen wird.

*

»Wie man Arbeitslosigkeit beheben kann«

Der *Sachverständigenrat* hatte schon seit Jahren in seinen Gutachten eine neue »Angebotsorientierte Politik« empfohlen, und *Bundeskanzler Kohl* hat diese Empfehlung zur Grundlage seiner Wirtschaftspolitik übernommen. Das heißt also: da es in einer Rezession, bei Arbeitslosigkeit und unausgelasteten Kapazitäten, an Nachfrage fehlt – nicht etwa an Angebot – müßten die Angebotsbedingungen verbessert werden; müßte die Investitionstätigkeit verstärkt werden. Demzufolge stehen nach *Engels* »im Zentrum angebotsorientierter Beschäftigungsanalyse die *Reallöhne*. Zu hohe Reallöhne sind Ursache für Arbeitslosigkeit. Das verbindet die Angebotsökonomien mit *Keynes*, nicht aber mit allen, die sich »Keynesianer« nennen. Der *Nachfrageökonom* sieht allerdings die Investitionsausgaben vornehmlich als Nachfrage. Die Produktion aus neuen Investitionen ist ihm unerwünscht. Er bevorzugt deshalb Investitionen mit geringem Kapazitätseffekt, wie z. B. Häuser und Straßen. Investitionen, die die Produktivität erhöhen, werden als unangebracht angesehen. Umgekehrt bevorzugt der *Angebotsökonom* Investitionen in der Wirtschaft, weil sie die Arbeitsproduktivität steigern und damit die Lücke zwischen Lohnkosten und Produktivität vermindern. Der Angebotsökonom möchte also Spielraum für Lohnerhöhungen dadurch schaffen, daß die Arbeitsproduktivität erhöht wird.« (S. 41)

»Das *Sparen* ist für den Nachfrageökonom ein volkswirtschaftliches Übel, weil es die Nachfrage mindert. Für den Angebotsökonom ist es die Voraussetzung für Investitionen. Umgekehrt kommt der *Zins* im Denken der Nachfrageökonomien kaum vor. In den 70er Jahren – der hohen Zeit dieser Denkschule – war vom Zins fast nie die Rede. Erst als die Doktrin zusammenbrach, wurde auch der Zins wiederentdeckt.«

Zum Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung erörtert dann *Engels* die Entwicklung in *Japan* und in der *Schweiz*, in denen dank der Betriebsorientiertheit der Gewerkschaften und der Lohnflexibilität, einschließlich der teilweisen Entlohnung in Form von Tantiemen, die Arbeitslosigkeit, die in der ganzen übrigen Welt in den 70er Jahren geherrscht hat, fast gar keine Rolle gespielt hat. Und er zieht daraus die Schlußfolgerung: »Wie immer man die Geschichte und die Geographie durchforstet: Der Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung hält einer empirischen Überprüfung stand.« (S. 41–43)

Was ist nun zu tun? (nach *Wolfram Engels*)

Voraussetzung ist eine *Klarstellung der Verantwortlichkeit*. Die *Regierung* ist für die »Rahmenbedingungen«, die *Bundesbank* für die Geldwertstabilität und die *Tarifvertragsparteien* sind für die Beschäftigung verantwortlich.

»Man kann die Schuld auch nicht auf den anonymen Mechanismus ›Markt‹ schieben: Arbeitslosigkeit ist kein Marktversagen, und es kann auch keine ›Selbstheilungskräfte des Marktes‹ geben, solange es keinen Arbeitsmarkt gibt, auf dem die Preise (Löhne) durch Angebot und Nachfrage zustandekommen, solange also solche Selbstheilungskräfte überhaupt nicht zugelassen werden.« (S. 44)

Der Staat kann Vollbeschäftigung nicht garantieren. Er kann aber dazu beitragen, den Tarifvertragsparteien ihre Aufgabe zu erleichtern, entweder

- die Arbeitskosten zu senken oder
- die Produktivität zu erhöhen oder
- die Renditen der Unternehmen zu verbessern oder
- die Kapitalkosten der Unternehmen zu senken.

»Immer stehen die Investitionen der Unternehmen im Zentrum. Investieren die Unternehmen insgesamt mehr, so erhöhen sie (bei gleichen sonstigen Kreislaufgrößen) insgesamt ihre Erlöse und ihre Gewinne. Das ist die eine Seite. Investieren die Unternehmer, so verbessern sie entweder die Arbeitsproduktivität und können deshalb höhere Arbeitskosten tragen oder sie schaffen zu gegebener Produktivität neue Arbeitsplätze. Das ist die andere Seite.

Die Renditen, die die Unternehmen erzielen; werden am Markt erwirtschaftet. Die Kapitalkosten sind in hohem Maße politisch beeinflusst. Dabei geht es besonders um die *Eigenkapitalkosten*. Wenn ein Unternehmen über 20% Gewinn vor Steuern erwirtschaften muß, um eine genügend hohe Rendite nach Steuern zu erreichen, zu der sich neue Eigenkapitalgeber finden lassen, dann ist Eigenkapital einfach zu teuer. . . . Diese Situation beruht größtenteils auf der *Besteuerung*. Eigenkapital wird viel höher belastet als Fremdkapital. Investitionen in der Wirtschaft werden weit höher belastet als alle anderen Investitionen. Unser Steuersystem vertreibt das Kapital aus dem produktiven Sektor und den riskanten Anlageformen. . . .

»Ein zweiter großer Bereich sinnvoller Staatsaktivität liegt in der *Arbeits- und Sozialgesetzgebung*, die die Unternehmen zu hoch belastet (Kündigungsschutz, Schutz einzelner Gruppen, Arbeitszeitordnung usw.) . . .

»Es ist eine Illusion zu glauben, die vielen Wohltaten des Gesetzgebers seien für den Arbeitnehmer kostenlos. Sie haben ihren Preis entweder in Form eines Lohnverzichts oder in Form von Arbeitslosigkeit. Man hat sich bei vielen dieser sozial wohlgemeinten Bestimmungen zu fragen, ob sie ihren Preis wert sind – manche wahrscheinlich nicht.« (S. 44–47)

Können die *Tarifvertragsparteien* die Vollbeschäftigung garantieren? *Wolfram Engels* behauptet es: »Die Vollbeschäftigung liegt in der Hand der Tarifvertragsparteien. Wenn allgemeine Arbeitslosigkeit herrscht, dann sind die Arbeitskosten zu hoch.«

Es gibt keine dezentralen Tarifverhandlungen, die zu stärkerer Differenzierung der Löhne führen könnten.

Es gibt kaum Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Es gibt keine Tantiemen (wie in Japan) am Jahresende, die vom Unternehmenserfolg abhängen.

Es gibt keine frei wählbare Arbeitszeit der Arbeitnehmer; eine freier wählbare Arbeitszeit wäre einer der bedeutsamsten Beiträge zur Humanisierung der Arbeitswelt. (vgl. S. 47/48)

Exkurs

Heinrich Franke, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg schreibt in seinem Buche »Arbeit für alle« in dem Kapitel »Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen«:

»Ohne wirtschaftliche Prosperität sind Arbeitsplätze nicht zu sichern. . . . Damit die Wirtschaft gedeihen und expandieren kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen, die der Staat – allen voran der Bund – festlegt. Bundesgesetzgeber, Bundesregierung, aber auch Bundesbank tragen hier die erste Verantwortung. . . .

»Die außenwirtschaftlichen Risiken, die in letzter Zeit offenkundig geworden sind, unterstreichen, daß die Inlandsnachfrage – Investitionen, Privatverbrauch – verstetigt, ja gestärkt werden muß. Nur so kann die Beschäftigung weiter wachsen und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Die Gesamtpolitik des Staates bleibt dem beschäftigungspolitischen Ziel verpflichtet.

»Hier soll nun nicht der Streit zwischen den »Schulen« angebotsorientierter und nachfrageorientierter (keynesianischer) Prägung zugunsten der einen oder der anderen Seite entschieden werden. Ich meine ohnehin, daß eine Mischung aus beiden die größeren Erfolgsaussichten hat. Erfolgreiche Angebotspolitik kann nicht auf ergänzende Nachfrageelemente verzichten; ebensowenig kann Nachfragepolitik ohne die Grundlage stimmiger Angebotsbedingungen von Erfolg gekrönt sein. Erhält das beschäftigungspolitische Ziel oberste Priorität, wird man an der folgenden Feststellung nicht vorbeikommen:

»Alle Lösungen dieses Problems müssen aber an der *ökonomischen Grundgleichung* ansetzen: *Nur über mehr Investitionen werden neue Arbeitsplätze geschaffen* und damit zusätzliches Einkommen, das wiederum Nachfrage schafft und diese wiederum Anreiz für mehr Investitionen! Ein investitionsgetragener Aufschwung ist aber nur dann zu erwarten, wenn die *Voraussetzungen für neue Investitionen – Zinsen und Gewinn- bzw. Absatzerwartungen – günstig* sind. Für die Einleitung eines aus beschäftigungspolitischen Gründen dringend notwendigen, lang anhaltenden Investitionsprozesses in der privaten Wirtschaft kommt es daher vor allem auf die richtige wirtschaftspolitische Weichenstellung an.«

»Dazu gehört ohne Zweifel . . . die Erhaltung der *Geldwertstabilität*. Sie ist auch eines der Ziele des »Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft« von 1967. . . .

»Dauerhaft *niedrige Zinsen* verstetigen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Entscheidend ist vor allem, daß die *Relation Finanzkapitalrendite zu Realkapitalrendite* zugunsten der letzteren verbessert wird. . . .« (Franke S. 137–140)

Dazu gehört eine »investitionsfördernde Steuerpolitik«; die »Förderung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand«; die »Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts« (S. 143) Und immer und immer wieder »Wachstum«. »Ohne Wachstum gibt es kein Mehr an Beschäftigung und damit auch keinen Abbau der Arbeitslosigkeit.« (S. 144)

*

Abschließend faßt *Wolfram Engels* unter der Überschrift »*Partnerschaft oder Klassenkampf*« seine Überlegungen zusammen.

»Die deutschen Gewerkschaften . . . versuchten also die Löhne auf Kosten der Gewinne zu erhöhen. Das war teilweise auch erfolgreich. Die Folge war jedoch, daß die Kapitaleigner immer weniger investierten. Sie haben ihr Vermögen lieber in Anleihen, Grundstücken oder im Ausland angelegt. Damit wurde die wichtigste Quelle für Lohnerhöhungen – Produktivitätssteigerung und Wachstum – verschüttet. . . .

»Das fundamentale Interesse der Arbeitnehmer ist eine möglichst gute und hohe Kapitalausstattung ihrer Arbeitsplätze, also möglichst hohe Investitionen in der Wirtschaft. Der Sieg im Klassenkampf war ein Pyrrhussieg: Zwar nahmen die Kapitalisten Schaden, aber die Einbußen der Arbeitnehmer waren viel größer.

»Die Politik, die die Position des »Faktors Arbeit« auf Kosten des »Faktors Kapital« zu verbessern suchte, ist gescheitert. Die Lage der Arbeitnehmer kann verbessert werden – aber nur dadurch, daß man die Lage der Volkswirtschaft insgesamt verbessert. . . . Kapital ist das Werkzeug, mit dem der Arbeiter arbeitet. Es besteht keine Feindschaft zwischen . . . Weber und Webstuhl. . . . Der Arbeiter ist in jeder Beziehung unendlich viel mehr wert als das Werkzeug, mit dem er arbeitet. . . . Nur: Wer Werkzeug zur Verfügung stellen soll, der verlangt dafür ein Entgelt, das am Markt mit anderen Kapitalanlagen konkurrenzfähig sein muß.« (S. 52)

»Im Interesse der Arbeitnehmer sollte die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital als Interessengemeinschaft gesehen werden. . . . Man sollte deshalb nach Formen suchen, die das Interesse der Arbeitnehmer mit den Interessen der Unternehmen unmittelbar verknüpft. . . . Die Arbeiter wissen: Wenn es dem Betrieb besser geht, dann geht es auch seinen Arbeitern besser. Noch er-

folgreicher wäre es, es würde gelingen, die Arbeitnehmer zu echten Miteigentümern ihrer Betriebe zu machen. Die heutigen Rahmenbedingungen im Steuerrecht, Gesellschaftsrecht und Sozialrecht machen eine echte Beteiligung des Arbeitnehmers am Unternehmen äußerst unattraktiv. Die Arbeiter beteiligen sich nicht an den Unternehmen, obwohl ihr Geldvermögen im Durchschnitt den Wert ihres Arbeitsplatzes übersteigt. Hier wären grundlegende Reformen erforderlich. . . .«

*

Damit kommen wir zum Schluß. So interessant *Wolfram Engels'* Feststellungen in Bezug auf das Verhältnis von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität und das von Kapitalkosten und Kapitalrendite auch sein mögen – leider hat er sich damit aber doch nur mit der einen Hälfte seiner selbstgestellten Aufgabe der Erklärung der Arbeitslosigkeit befaßt und infolgedessen die Lösung des gesamten Arbeitslosigkeitsproblems verfehlt. Erinnern wir uns: *Wolfram Engels* schrieb:

- »Die *Arbeitskosten* dürfen nicht höher sein als die (Grenz-)Produktivität der Arbeit, und
- »die *Kapitalkosten* dürfen nicht höher sein als die (erwarteten) Renditen.
- »Alle Rezepte zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit müssen mindestens eine der Relationen verbessern.«

Wie aber inzwischen die Erfahrung gelehrt hat, genügt es nicht, sich nur mit dem Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität zu befassen und nur dazu Lösungsvorschläge vorzulegen. Auch die *Ursachen der* allzu häufig allzu *hohen Kapitalkosten* im Verhältnis zu den erzielbaren Renditen müssen gesucht und erkannt und beseitigt werden, wenn die Arbeitslosigkeit dauerhaft überwunden werden soll.

Es ist in der Tat erstaunlich, daß sich *Wolfram Engels* diesem Problem gegenüber solche Enthaltensamkeit auferlegt, nachdem er selbst klar festgestellt hat, daß der *Zinsmechanismus versagen kann*, weil der Geldzins nicht negativ werden könne; wobei er auch gerade auf *Keynes* hinweist, der sich mit diesem Problem so eingehend beschäftigt hat – auf dessen Kern er, *Engels*, freilich nicht abhebt, nämlich auf die Notwendigkeit der Sicherung der stetigen »*effektiven Nachfrage*« durch Überwindung der »*Liquiditätspräferenz*« der Geldbesitzer mittels geeigneter Maßnahmen zur *Belastung des Bargeldes mit »Durchhaltekosten*«, um dem Gelde grundsätzlich die Möglichkeit zu nehmen, sich seiner Tauschmittelfunktion zu entziehen.

Daß dann *Keynes* selbst seinen eigenen Gedanken der Belastung des Bargeldes mit Durchhaltekosten in der praktischen Politik in den turbulenten 30er Jahren nicht verwirklicht, sondern statt dessen der Staatsverschuldung zur Wiederbelebung der Konjunktur das Wort geredet hat, müßte für *Wolfram*

Engels erst recht ein Grund sein, den ursprünglichen Gedanken der Sicherung des Geldumlaufes durch Belastung des Geldes mit »Durchhaltekosten« zu verfolgen und für die praktische Wirtschafts- und besonders für die Notenbankpolitik in Vorschlag zu bringen, zumal er selbst ja so klar erkannt hat, daß die Kapitalkosten, die Zinsen, stets so niedrig sein müssen, daß sie keinesfalls die Bereitstellung von Produktivkapital verhindern dürfen. Und hier ist – nach *Engels* – die *Regierung* für die »Rahmenbedingungen« und die *Bundesbank* für die »Geldwertstabilität« verantwortlich. Wobei es dann freilich auch zur Aufgabe der Bundesbank gehören müßte, nicht nur das Notenbankgeld »in Umlauf« zu geben, sondern auch für den *tatsächlichen Umlauf* zu sorgen.

Also, *Engels* fordert zurecht, daß die Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkt unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen sollte. Er vergißt aber zu fordern, daß dann auch das Geldkapitalangebot unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen müßte, dahingehend, daß es keine Zinssperre nach unten geben dürfte. Dann erst wäre die Überlegenheit des Geldes über die Arbeit überwunden; dann erst würde das Geld seine Dienste genau so anbieten wie der Arbeiter seine Arbeit.

Engels aber stellt lediglich fest, »daß die Zinsen nicht unter eine bestimmte Grenze sinken können«. Warum das so ist, danach fragt er nicht. Fast möchte man sagen: schade, hier hat *Wolfram Engels* eine große Chance verpaßt!

Denn schließlich kann doch auch er nicht wollen, daß das *Ungleichgewicht* zwischen Milliardengewinnen aus *Finanzanlagen* im In- und Ausland und den vergleichsweise niedrigen Gewinnen aus dem im Inland angelegten *Produktivkapital* immer größer wird; daß ferner die Zunahme der *Kapitalanlage im Ausland* zu immer größerer *Arbeitslosigkeit im Inland* führt; und daß als Folge davon der *Druck auf die Arbeitseinkommen* im Inland noch weiter verstärkt wird, was auf die Dauer zu schweren *Erschütterungen* der Stabilität unseres Gemeinwesens führen dürfte.

*

Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit

Worauf kommt es denn letztendlich entscheidend an, wenn wir uns mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigen? Es kommt darauf an, daß die mit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verbundene *Abhängigkeit* der Arbeitslosen von anderen Menschen und insbesondere auch vom Sozialstaat überwunden wird. Mögen unsere Politiker noch so euphemistisch von dem »Sozialen Netz« sprechen, das alle auffängt, wenn sie arbeitslos sind oder sich sonstwie nicht helfen können: Abhängigkeit bleibt Abhängigkeit – und gerade dadurch sind die arbeitslosen Menschen zutiefst *in ihrer Würde als Menschen getroffen*, ja gedemütigt, auch wenn sie sich das oft gar nicht bewußt machen.

Solange diese Abhängigkeit besteht, stehen die betroffenen Menschen eben nicht als wirklich Gleiche und Freie, als sich selbst bestimmende Menschen ihren Mitmenschen gegenüber. Dadurch aber ist ihr *Gerechtigkeitsempfinden* empfindlich verletzt, ein Zustand, der auf die Dauer unerträglich werden kann – mit all den daraus erwachsenden Folgen, wie uns die Geschichte zur Genüge gelehrt haben dürfte.

Deshalb also kommt es auf die Erlangung der »*Gegenseitigkeit*« für alle Menschen in unserer Gesellschaft so entscheidend an.

»Gewissen und Würde als der innerste Kern der Freiheit und Vernunft erweisen sich als das allen Menschen qualitativ Identische und ihnen Gemeinsame, welches sie ursprünglich in einer unaufhebbaren Solidarität miteinander verbindet. »Der Mensch hat«, behauptet *Proudhon*, »kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit, seine Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person, und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen. Die Gerechtigkeit ist das Produkt dieser Fähigkeit; sie ist die spontan empfundene und gegenseitig garantierte Achtung der menschlichen Würde, in welcher Person und unter welchen Umständen auch immer sie gefährdet sein und welchen Gefahren uns ihre Verteidigung aussetzen mag.« (*Karl Hahn* in »Föderalismus«, Seite 53, Verlag Ernst Vögel, München 1975).

Das aber heißt, übertragen auf unsere gegenwärtige Situation: die Kapitalbesitzer dürfen den arbeitenden Menschen in gar keinem Fall und in gar keiner Weise so überlegen sein, daß von einer »*Gegenseitigkeit*« nicht mehr die Rede sein könnte.

Und das heißt weiter: die Ursachen der heute bestehenden Überlegenheit des Kapitalbesitzers über den Arbeiter müssen grundsätzlich beseitigt werden.

Diese *Ursachen* aber sind vor allem in unserem derzeitigen *Geldwesen* zu suchen, das sich jederzeit seiner einzigen legitimen Funktion, nämlich der des reinen *Tauschmittels*, infolge der Hortbarkeit des Bargeldes entzieht und dadurch den Wirtschaftskreislauf nachhaltig stören, ja unter Umständen vollkommen lahm legen kann mit allen weiteren Folgen für den *Frieden* im Staat und in der Gesellschaft.

Deshalb: wer die *Freiheit* und die Selbstbestimmung der Menschen in unserem Lande will, der muß zuallererst die *Gegenseitigkeit* aller Menschen wollen. Und das heißt: er muß jegliche Überlegenheit *des* von der staatlichen Zentralnotenbank in Umlauf gegebenen amtlichen, öffentlichen *Zahlungsmittels Geld über die Güter und Waren, über die Dienstleistungen und die Arbeit beseitigen*, denn nur dann kann in all den Wirtschaftsbeziehungen der Menschen untereinander volle *Tauschgerechtigkeit* herrschen.

Dies geschieht dadurch, daß das Tauschmittel Geld mit einer *Nutzungsgebühr* belastet und dadurch dem gleichen Angebotsdruck unterworfen wird, unter dem aus der Natur der Sache heraus alle Güter, Dienstleistungen, Betriebe usw. stehen. M. a. W., zur Sicherung der stetigen »*wirksamen Nachfrage*« (Keynes) muß das *Geld* einer stetig wirksamen »*Umlaufsicherung*« unterworfen werden.

Nur wer sich dieser Aufgabe ernsthaft annimmt, kann den Anspruch erheben, Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung auch tatsächlich zu wollen und dadurch die Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes überwinden zu können.

Anlage

*Das Doppelgesicht des Kapitalismus **

»Sie alle (Kapitalanleger und Investoren und sofort) orientieren sich grundsätzlich nicht an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, sondern an ihren »*einzelwirtschaftlichen*« Zielen, deren Verfolgung allerdings durch die »*unsichtbare Hand*« des Marktes und der relativen Preise kontrolliert wird. Die drei konkurrierenden Ansätze der modernen ökonomischen Theorie, die man vereinfachend als neoklassisch, neomarxistisch und neokeynesianisch klassifizieren könnte, unterscheiden sich grundsätzlich in ihrer Beurteilung der Stabilität oder Krisenanfälligkeit einer nur durch das Preissystem gesteuerten Marktwirtschaft.

»Freilich wird die überlegene mikroökonomische Effizienz der Marktkoordination weder von den Keynesianern noch von den westlichen Marxisten grundsätzlich bestritten, auch wenn sie das tatsächliche Ausmaß von Wettbewerbsbeschränkungen und externen Effekten stärker betonen als die Neoklassiker. Die Differenzen konzentrieren sich auf die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen des »*Kapitalismus*« im technischen Sinne – also der Existenz freier Märkte auch für die Anlage von akkumuliertem Kapital.

»Während für die Neoklassiker alle Märkte grundsätzlich gleichen Rang haben, unterstellen die beiden »*linken*« Theorieansätze eine »*Hierarchie der Märkte*« (*Ostleitner*, 1979; *Spahn*, 1986: 170–192), in der zuerst die renditeorientierte »*Kapitalverwertung*« über Investitionen entscheidet und dann (erst) die unternommenen oder unterlassenen Investitionen Produktion und Beschäftigung bestimmen und damit auch die Einkommen und die Konsummöglichkeiten der Haushalte und das Steueraufkommen des Staates.

»Auf den ersten Blick läßt sich daraus allerdings eine einseitige Abhängigkeit der anderen Märkte vom Kapitalmarkt noch nicht ableiten, da dieser

¹⁰ aus *Fritz W. Scharpf* »Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa«, Kapitel 2 »Die politisch-ökonomischen Prämissen der Steuerung«, Seite 36 ff., Campus-Verlag 1987

selbst ja gespeist wird aus den Ersparnissen von Unternehmern, Haushalten und Staat, so daß der gesamtwirtschaftliche Kreislauf wieder geschlossen wäre. (S. 36/37)

»Die behauptete *Asymmetrie* wird jedoch plausibler, wenn man die einzelnen Märkte gesondert betrachtet. Auf dem *Gütermarkt* können die Unternehmen nur Erlöse erzielen, wenn sie Güter anbieten, und die Haushalte können ihren Wohlstand nur vermehren, wenn sie Güter nachfragen. Ebenso können auf dem *Arbeitsmarkt* die Haushalte nur Erwerbseinkommen erzielen, wenn sie Beschäftigung finden, und die Unternehmen müssen Beschäftigung anbieten, um produzieren zu können.

»Die *Abhängigkeit zwischen Anbietern und Nachfragern auf den Güter- und Arbeitsmärkten* ist also im Prinzip wechselseitig und ausschließlich – mit der Folge, daß keine Seite des Marktes ihr Angebot ohne Verluste für längere Zeit künstlich verknappten könnte. (Selbstverständlich können auch auf den Güter- und Arbeitsmärkten beide Seiten die eigene Leistung zeitweise zurückhalten. Aber bei der nicht speicherbaren menschlichen Arbeitskraft ist jede Leistungsverweigerung mit dem endgültigen Verzicht auf die Gegenleistung verbunden, und ebenso bei rasch verderblichen Waren. Im übrigen sind bei funktionierenden Märkten Bedingungen selten, unter denen es sich für den einzelnen Verkäufer lohnen könnte, Waren zu horten.) Der Preis, bei dem der Marktausgleich erreicht wird, ergibt sich also grundsätzlich aus der Knappheitsrelation zwischen den beiden Marktseiten.

»Der *Markt für Kapitalanlagen* dagegen beschränkt sich nicht auf die bilaterale Beziehung zwischen zwei jeweils homogenen Marktseiten. Da gibt es einmal den *Markt für produktive Anlagen*, der für die Wirtschaftspolitik in erster Linie von Bedeutung ist. Hier stehen dem renditesuchenden Kapital (das durch die Ersparnisse von Unternehmern, Haushalten und Staat gebildet wird) realisierbare und finanzierungsbedürftige Investitionsvorhaben der Unternehmer gegenüber, die jeweils bestimmte Gewinne erwarten lassen. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen können dann nur jene Vorhaben zum Zuge kommen, deren *Gewinnerwartung (Rendite) mindestens dem jeweiligen Marktpreis* – also dem durchschnittlich für die Überlassung von Anlagekapital gebotenen *Zins* – entspricht. Gerade hierin liegt ja die einzelwirtschaftliche Effizienz des Kapitalismus begründet.

»*Gesamtwirtschaftliche Probleme* können sich jedoch aus der Tatsache ergeben, daß der *Marktzins für Anlagekapital nicht allein durch die relativen Knappheiten auf dem Markt für produktive Anlagen gebildet wird*. Zwar können die Unternehmen nur investieren, wenn sie anlagebereites Kapital finden – aber die Kapitalbesitzer sind nicht ausschließlich darauf angewiesen, ihr Vermögen für produktive Investitionen zur Verfügung zu stellen. Ihnen stehen vielmehr *noch zwei andere Optionen* offen.« (Scharpf Seite 37/38)

»Zunächst und vor allem braucht Kapital nicht unbedingt überhaupt angelegt zu werden, sondern es kann immer auch in Form liquider Mittel gehalten werden, wenn die gegenwärtig gebotenen Anlageoptionen zu riskant erscheinen. Es kann also wenigstens zeitweilig aus dem Wirtschaftskreislauf ausscheiden und in der von Keynes entdeckten »Liquiditätsfalle« (»Hortung« nach Silvio Gesell bereits lange vor Keynes!) verschwinden. Die Folge davon wäre eine Verknappung und Verteuerung von Anlagekapital und damit eine gesamtwirtschaftliche *Investitionslücke*, durch die im weiteren auch Produktion, Beschäftigung und Konsum beschränkt werden. In der Regel ist mit der Liquiditätshaltung allerdings der Verzicht auf Rendite verbunden, so daß (nur) Investitionsvorhaben mit sicherer Rendite trotzdem eine preisgünstige Finanzierung finden.

»Dies gilt jedoch nicht gegenüber den Optionen der *nichtproduktiven, aber renditebringenden Finanz- und Geldanlagen*. Arbeitsplatzschaffende Investitionen konkurrieren auf den Anlagemärkten ja nicht nur gegen die »Liquiditätsfalle«, sondern auch gegen die vielgestaltigen Angebote anderer rentabler Anlagemöglichkeiten auf den nationalen und internationalen *Geld- und Divisensmärkten*, auf den *Märkten für zinsbringende und sichere öffentliche Anleihen* und auf den *Märkten für spekulative oder wertbeständige Sachanlagen*. (S. 38)

»Der *Kapitalmarkt* bietet also den Anlegern eine Vielzahl von Optionen, deren Rendite nicht allein durch die Knappheitsverhältnisse auf dem Markt für produktive Investitionen bestimmt wird. Die Kapitalanleger sind deshalb weniger auf die investitionsbereiten Unternehmen angewiesen, als diese auf das anlagebereite Kapital.

»Aus dieser grundsätzlichen *Asymmetrie* folgt auch die *Abhängigkeit* der »nachgeordneten« Investitions-, Güter- und Arbeitsmärkte *von den jeweiligen Entwicklungen auf dem Markt für Kapitalanlagen*. Wenn dort das Zinsniveau steigt und die nichtinvestiven Anlagen an Attraktivität gewinnen, können sich daraus bei unveränderten Unternehmungsgewinnen (zumindest temporäre) Investitionslücken ergeben, durch die das Produktionpotential der Wirtschaft begrenzt und damit die »nachgeordneten« Güter- und Arbeitsmärkte »rationiert« werden. Die *Folge* wäre unfreiwillige *Arbeitslosigkeit* – und zwar selbst dann, wenn alle nichtinvestiven Kapitalanlagen sogleich wieder als Einkommen (aber eben nicht als Investitionen) in den inländischen Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Erst recht gilt dies bei Kapitalabflüssen ins Ausland.« (S. 38)

»Der »*Kapitalismus*« als freier Markt für Kapitalanlagen hat also ein gesamtwirtschaftliches *Doppelgesicht*: Er gewährleistet die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch auf die Entscheidungen über produktive Investitionen und deren strikte Orientierung an der zu erwartenden Kapitalrendite.

»Die *positive Folge* davon ist die für den Kapitalismus charakteristische *mikroökonomische Effizienz des Ressourceneinsatzes*, die in keiner anderen Wirtschaftsordnung und mit keinem anderen Kriterium für Investitionsentscheidungen erreicht werden könnte.

»*Andererseits* aber begründet die mit einem freien Kapitalmarkt verbundene Wahlmöglichkeit der Vermögensbesitzer zwischen produktiven Investitionen, nicht-produktiven Kapitalanlagen und liquider Geldhaltung das immer gegenwärtige *Risiko gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte und Krisen*.

»Die Kontroversen zwischen den konkurrierenden marxistischen, neoklassischen und keynesianischen Ansätzen der ökonomischen Theorie ergeben sich in erster Linie aus ihrer unterschiedlichen Einschätzung dieses *kapitalistischen Dilemmas* und der daraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Folgerungen.« (Scharpf Seite 39)

Quellenhinweis

- Wolfram Engels: Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann.
– Herausgegeben vom Kronberger Kreis 1984
- John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1955
- Fritz W. Scharpf: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Campus-Verlag, Frankfurt 1987
- Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Rehbrücke-Berlin 1920
- Alfred Kruse: Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien Dunker & Humblot, Berlin 1959
- Heinrich Franke: Arbeit für alle – Wege aus der Krise in die Zukunft der Arbeitslandschaft, Busse-Seewald-Verlag, Herford 1987
- Gerhardus Lang: Föderalismus – die demokratische Alternative, Fragen der Freiheit, Heft 156, 1981
- Karl Hahn: Föderalismus – Die demokratische Alternative, Verlag Ernst Vögel, München 1975
- Gerhardus Lang: Repräsentanten der sozialen Bewegung, Fragen der Freiheit, Heft 166, 1984
- Elimar Rosenbohm: Das heutige Währungssystem als Ursache der Arbeitslosigkeit, Fragen der Freiheit. Heft 166, 1984
Professor Wolfram Engels und das »Schwundgeld«, Fragen der Freiheit, Heft 158, 1982

Eduard Daladier,

geb. 1884, Vorsitzender der Radikalsozialistischen Partei in Frankreich, von 1933 bis 1934 Ministerpräsident.

Auszüge aus seiner Rede auf der Londoner Konferenz 1933*

Es dürfte im Zusammenhang mit dem vorstehenden Beitrag höchst interessant sein, einmal die Rede nachzulesen, die der Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei Frankreichs, der französische Ministerpräsident *Eduard Daladier* auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz vom 2. Juni bis 27. Juli 1933 – die übrigens vor allem am Widerstand des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* gescheitert ist – gehalten hat und in der er bereits den Gedanken einer Überwindung der Geldhortung recht nachdrücklich zum Ausdruck gebracht hat. Daladier sagte damals u. a.:

»Die Wirtschaftskrise ist besonders eine Umsatzkrise. Man kann nicht sagen, daß wir es mit einer durch Überproduktion verursachten Krise zu tun haben, denn den Mengen von Waren . . . stehen Millionen Menschen gegenüber, die Hungers sterben!

Es handelt sich um eine Umsatzkrise, die wir in dem Maße überwinden werden, als wir die Kaufkräfte des Volkes wieder herstellen und zur Entfaltung bringen werden. Damit ist nicht gesagt, daß wir darauf verzichten, die Ordnung der Staatsfinanzen wieder herzustellen, damit ist im Gegenteil gesagt, daß die Wiederherstellung des Umsatzes von Gütern und Kapitalien die ureigentliche Bedingung für die Wiederherstellung der Ordnung in den öffentlichen Finanzen darstellt.

Ein nationales Arbeitsprogramm soll auch der Geldhortung ein Ende bereiten. Das Geld spielt im Wirtschaftskörper dieselbe Rolle wie das Blut im Körper des Menschen. Soll der Körper seine verschiedenen Lebensfunktionen erfüllen, muß der Kreislauf des Blutes ungehemmt vor sich gehen. So ist es auch notwendig, daß das Geld umläuft, damit die allgemeine Beschäftigung zur Wirklichkeit werde.

Wir sollen alle Mittel zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens bedenken, wir sollen allen Möglichkeiten nachspüren, um der auf Wunder hoffenden Trägheit, die uns der Katastrophe zutreibt, eine Ende zu setzen.

Es ist von Nutzen, alle Vorschläge zu sammeln und zu überprüfen, denn das ist sicher, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik wie nicht bald eine geeignet ist, das Land in den Abgrund zu treiben. Schrecken Sie also nicht vor

* Zusammengestellt 2/88 aus *Eduard Daladier über Wirtschaftsreform und Freigeld*, Verlag Pestalozzi-Fellenberg-Haus Bern, o. J.

dem Abgehen vom Herkömmlichen . . . zurück, denn die wirtschaftliche Starrgläubigkeit hat Schiffbruch erlitten. Um was ich Sie bitte, das ist um ein freiwilliges und ehrliches Bemühen nach Verständnis.

Ich sage: Die Wirtschaft ist gestört, und der schwere Fehler besteht darin, daß wir den Menschen zum erstenmal . . . den Dingen untergeordnet haben, daß wir ihn der Geldwirtschaft ausgeliefert haben, statt umgekehrt das Geld und die Dinge überhaupt in den Dienst des Menschen zu stellen.

Wenn man zu Änderungen kommen will, dann ist es notwendig, dem Geld den ihm zukommenden Platz anzuweisen. Ich mische mich nicht unter die Theoretiker, die über die Ursachen der Wirtschaftskrise streiten. Aber ich lege der Wirrnis im Geldwesen eine außerordentliche Wichtigkeit bei und behaupte, daß man, so lange man das Geldwesen nicht in der Hand hat, man auch der Krise nicht Herr werden kann.«

Zur Inflation:

»Ich betrachte sowohl die Inflation als auch die Deflation, besonders wenn sie maßlos betrieben werden, als einen Betrug, und es ist die eine und die andere nichts wert. Es muß also ein gesundes Geld geschaffen werden. Denn nur durch die Anpassung des Geldumlaufs an das Warenangebot wird man der Umsatzkrise abhelfen und dadurch dem Kleingewerbe, dem Kleinhandel Hilfe bringen, deren Zusammenbruch durch die Krisenbestrebungen des Großkapitals verursacht sind.«

Der geistige Weg Silvio Gesells und der Freiwirtschaftsbewegung*

Werner Onken

In einem Vortrag im Rahmen der »4. Mündener Gespräche« hat *Roland Geitmann* eine sehr eindrucksvolle geistesgeschichtliche Standortbestimmung Mitteleuropas gegeben. Er hat deutlich gemacht, daß wir als Mitteleuropäer eine welthistorische Aufgabe haben, nämlich eine Brücke zu bauen zwischen den religiösen, kulturellen und politischen Traditionen der westlichen und östlichen Welt.**

Eine tragfähige Brücke kann nur ein solches Volk bauen, das geistige Einflüsse von beiden Teilen, die es miteinander verbinden soll, in sich aufgenommen hat. Das ist bei den Deutschen seit Anbeginn ihrer Geschichte durchaus der Fall: Nach dem Untergang Westroms ist es in der Völkerwanderungszeit aus einer Mischung römischer und germanischer Elemente hervorgegangen. Aber die verschiedenen Elemente sind bis heute noch nicht zu einer harmonischen, in sich ausgewogenen geistig-politischen Einheit verschmolzen. Die innere Zerrissenheit besteht fort in der Religion: für jeden sichtbar in der großen Spaltung der Kirche in Katholizismus und Protestantismus, und in Staat und Politik: man denke an die große politische Spaltung in Kapitalismus und Kommunismus.

Können *Silvio Gesell* und die Freiwirtschaftsbewegung etwas dazu beitragen, daß Mitteleuropa seine Integrationsaufgabe doch noch erfüllt und daß wir uns »freier zu Menschen bilden« (*Goethe* und *Schiller*), daß wir Nationalismus und Militarismus ebenso überwinden wie die materialistische Technik-, statt kulturorientierte Zivilisation?

Werfen wir zunächst einige Blicke auf *Silvio Gesells* Person, seine Herkunft und seine geistige Entwicklung.

Gesell wurde in dem damals zu Preußen gehörenden Eifelstädtchen St. Vith geboren. Es liegt in der Nähe der Grenzlinie zwischen dem früheren weströmischen Reich und dem germanischen Gebiet, wo noch heute die romanischen und germanischen Sprachen unmittelbar aufeinander treffen.

Diese Mitteleuropa teilende Grenze verlief auch quer durch *Silvio Gesells* Elternhaus; seine Mutter und ihre Vorfahren waren romanischer Herkunft und streng katholisch, sein Vater war preußischer Abstammung und Protestant. Einerseits nahm die Familie beide Kulturtraditionen in sich auf – so wuchs *Gesell* u. a. auch zweisprachig auf –, andererseits ging ein tiefer

* Vortrag, gehalten am 12. März 1988 im Rahmen der 4. Mündener Gespräche in Hannoversch Münden

** Der Vortrag ist abgedruckt in der Zeitschrift für Sozialökonomie – mtg 78. Folge (September 1988) und hat den Titel: »Mitteleuropas Brückenfunktion – Fragen an die Freiwirtschaft«

religiöser Riß durch die Familie, der auch auf die nächste Generation übertragen wurde; vier der insgesamt neun Kinder blieben dem katholischen Glauben der Mutter verbunden, zwei Töchter traten später in den Orden »*Sacre Coeur*« ein. *Silvio* und die anderen vier Geschwister bewahrten sich zwar eine tiefe Religiosität und Naturverbundenheit, wandten sich aber unter dem Einfluß des Vaters ganz von den Kirchen ab. *Silvios* Lieblingsbruder *Roman* wurde Anhänger der stoischen Philosophie, sein Bruder *Hermann* ging als Einsiedler in die kanadischen Wälder, wo er die dem Menschen verlorengegangene Einheit mit Tieren und Pflanzen wieder suchte und von seiner Malerei lebte.

Die Kinder der Familie *Gesell* wurden über den ganzen Erdball verstreut. Diese Internationalität ist ein wesentliches Merkmal der Familie und hatte sicherlich Einfluß auf *Silvio Gesells* späteres Denken – Grenzen und Zölle und engstirniger Nationalismus waren ihm stets verhaßt. Die Geschwister bewahrten sich alle einen sehr engen Familienzusammenhalt. Trotzdem schmerzte der tiefe konfessionelle Riß, zu dem bald das Gefühl für die Kluft zwischen arm und reich hinzukam. So kam es, daß sich in *Silvio Gesell* der Wunsch regte, die zerbrochene Welt wieder zusammenzufügen.

Zunächst entzog sich *Silvio Gesell* den konfessionellen und politischen Spannungen Mitteleuropas, indem er im buchstäblichen Sinne das Weite suchte und in das ferne Argentinien auswanderte. Praktische Erfahrungen als Kaufmann und theoretisches Nachdenken ließen ihn bei der Arbeit in seinem Garten jenen Gedanken finden, mit dem er um 1900 nach Europa zurückkehrte, um den wirtschaftlichen und politischen Bruch zwischen den sozialen Klassen zu überwinden: die »*rostenden Banknoten*«. *Gesells* Frühschrift »*Die Reform im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat*«* läßt indessen erkennen, daß dies ursprünglich nicht nur ein ökonomischer Gedanke war. Darin steckte auch ein tiefer religiöser, konfessionell ungebundener Kern: *Gesell* zeigt dort seine Ehrfurcht vor der »*großen herrlichen Schöpfung*« und schreibt, daß der Mensch sich sein irdisches Paradies selbst dadurch in ein Jammertal verwandelt habe, daß er das unvergängliche, unsterbliche und ewige Gold zum Stoffwechselträger des sozialen Lebens machte. Goldmünzen waren für ihn jene Paradiesfrüchte, mittels derer die Menschen sein wollten »*wie Gott*«. Das auf Gold basierende Geldwesen war für *Gesell* die »*Ersünde, die wir gründlich abwaschen wollen*«. In den rostenden Banknoten erblickte er das Mittel, um das Geldwesen wieder mit dem ewigen Stirb und Werde allen Lebens in Übereinstimmung zu bringen und den sozialen Organismus wieder in die Harmonie der Schöpfung einzufügen.

Zu diesem Gedanken der Geldreform trat um die Jahrhundertwende der

* im Band I seiner »Gesammelten Werke«, Fachverlag für Sozialökonomie, Hann.-Münden 1988, S. 25 ff

Gedanke der Bodenreform. *Gesell* war inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß die Erde allen Menschen gemeinsam gehört. Weder Einzelne, noch Gruppen oder Staaten dürfen sich Teile von ihr aneignen und damit spekulieren. (In diesem Punkt treffen römische und germanische Rechtsvorstellungen besonders hart aufeinander). Damit hatte *Silvio Gesell* ein Gedankensystem in der Hand, das eine auffallende Parallelität zur mosaikalen Gesetzgebung im Alten Testament aufweist: Das Land soll nicht verkäuflich sein und mit dem Geld soll kein Wucher getrieben werden. Und wie für *Moses* und die Propheten, so lag auch für *Gesell* der direkte Zusammenhang zwischen dem Umgang mit Boden und Geld und den Problemen von Krieg und Frieden klar auf der Hand.

Nun kam *Gesell* also wieder nach Europa, um mit seinem Freigeld die Verbindung zwischen den Menschen und mit dem Freiland die Verbindung der Menschen zur Erde wiederherzustellen. Aber es erging ihm in gewissem Sinne wie *Kaspar Hauser*. Zwar war er auf eigenen freien Entschluß in den vor den Toren von Buenos Aires gelegenen Urwald gegangen und er wurde auch nicht getötet. Aber auch sein Beitrag zum mitteleuropäischen Brückenbau war nicht gefragt. Die Kirchen und der Staat betrieben Interessenpolitik zugunsten der Reichen und frönten dem Nationalismus und Militarismus. So bekam *Silvio Gesell* die innere Zerrissenheit Mitteleuropas wieder am eigenen Leibe zu spüren. So groß war für ihn die Spannung zwischen der Realität und seiner Vorstellung von einer besseren Zukunft, daß er sie wiederum zu mildern suchte und von Weimar in die Schweiz übersiedelte.

Insbesondere litt *Gesell* sehr stark unter der kirchlichen Perversion des christlichen Glaubens und dem Mißbrauch der Religion zu Herrschaftszwecken. So empörte er sich 1904 in seiner Zeitschrift »*Geld- und Bodenreform*« über die »*gefälschte Religion*« und stellte ihr die »*wahre Religion Christi*« gegenüber. Doch waren die religiösen und politischen Spannungen in ihrer Gesamtheit zu schwer für *Gesells* Schultern. Das Religiöse trat hinter das Politische zurück. Zwar wimmelt es in seinen Werken geradezu von Hinweisen auf die Unvereinbarkeit von Christentum und Kapitalismus. Aber das sind gewissermaßen rückwärts gewandte Klagerufe: »*Christentum und Zins, das paßt doch nicht zusammen!*« Die Enttäuschung über die Kirchen war so groß, daß er nichts mehr von ihnen erwartete und deshalb auch keine Denkschriften an sie richtete.

Indem *Gesell* das Vertrauen zur Kirche verlor, wurde er gewissermaßen geistlich entwurzelt und heimatlos. Als Kind seiner Zeit verlor er die innere Balance und wurde in die Zerrissenheit Europas mit hineingezogen. Durch die Preisgabe seines theologischen Ansatzes an der »*Reform im Münzwesen*« war die Bahn frei für eine einseitige Verweltlichung von *Gesells* Denken und dementsprechend auch seiner Anhängerschaft.

Wenn man bedenkt, daß Wissenschaft, Kunst und Religion ebenso zusammengehören wie Geist und Materie, dann wird klar, welche Tragweite dieser Verlust der inneren Balance für das weitere Denken *Gesells* haben mußte. Er war dadurch zwar aufgeschlossener für die geistigen Strömungen seiner Zeit, aber er war ihnen andererseits auch ausgeliefert. Hinzu kamen der Druck der persönlichen Isolation und daraus folgend die Bereitschaft, den Einflüssen der ersten Freunde nachzugeben.

Diese ersten Freunde waren *Georg Blumenthal*, *Ernst Frankfurth* und *Gustav Simons*. Alle drei verstärkten die Entfremdung *Gesells* von der Religion: *Blumenthal* setzte ihn auf die geistigen Fahrten von *Max Stirner* und *Friedrich Nietzsche*, *Frankfurth* legte den Grundstein für die darwinistische Ausgestaltung der Freiwirtschaft. Den geringsten Einfluß nahm *Simons* auf *Gesell*; er vermochte ihm zwar lebensreformerische Impulse zu geben, aber sein völkischer Antisemitismus perlte an *Gesell* ab.

Stirner, *Nietzsche* und *Darwin* blieben jahrelang bestimmend für *Silvio Gesells* weiteren geistigen Weg. Auch die Überlegungen zur Verwirklichung der Geld- und Bodenreform sind durchweg einseitig weltlicher Natur. So orientierte sich *Gesell* mit *Blumenthal* am Proletariat und hoffte, die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung durch Aufklärung zu Trägern seiner Reform machen zu können. Nach 1933 gab es Anhänger *Gesells*, die dieselben Hoffnungen auf die Nationalsozialisten setzten. Nach 1945 versuchte es der »*Freiwirtschaftsbund*« ebenso erfolglos mit dem Neoliberalismus. Und immer wurde dabei die Geld- und Bodenreform auf eine weltanschaulich neutrale, wertfreie Technik der Wirtschaftspolitik reduziert, als sei sie bloß ein technischer Trick, der von einem König oder von einem rechten oder linken Diktator ebenso gut angewendet werden könnte wie von einer demokratischen Instanz. Einseitig weltlicher Natur ist in diesem Sinne auch die Hoffnung, die Geld- und Bodenreform über die Bildung einer eigenen Partei durchzusetzen.

Wie ersichtlich, waren *Silvio Gesell* und die Freiwirtschaftsbewegung sehr inhomogenen geistigen Einflüssen ausgesetzt. Das führte zu hohen inneren Spannungen und äußerte sich in einer Vielfalt von politischen Strategien vom Aufklärungsbund über die Befreiungsdiktatur und Selbsthilfeprojekte bis hin zur eigenen politischen Partei.

Diese Spannungen entluden sich in den 20er Jahren in harten inneren Kämpfen. Bei *Gesell* selbst kamen sie besonders in seinem letzten Werk »*Der abgebaute Staat*« (1927) zum Ausbruch. Der erste Teil des Buches zeigt deutlich, daß *Gesell* gegen Ende seines Lebens bestrebt war, wieder an die »*wahre Religion Christi*« anzuknüpfen. Auch finden sich darin Spuren einer Verschmelzung der christlichen Religion mit *Darwins* Evolutionstheorie. Aber dem steht ein zweiter Teil gegenüber, in dem der extreme Individua-

lismus *Stirners* wieder mit voller Wucht durchbricht. *Gesell* ließ sich von dieser Wucht mitreißen und propagierte sogar das Faustrecht. Außerdem zertrümmerte er Ehe und Familie, als wenn er mit *Nietzsches* Hammer zu einem gewaltigen Schlag ausholen wollte.

Gesells Anhänger standen ratlos vor diesem Buch. Meistens umgingen sie es schamhaft. Unsere Aufgabe ist es demgegenüber, dort anzuknüpfen, wo *Gesell* aufgehört hat. Wir müssen uns den von ihm hinterlassenen Widersprüchen stellen und versuchen, sie zu überwinden, damit Ordnung hineinkommt in die geistigen Fundamente der Freiwirtschaft. *Gesells* Person und sein Werk leben in seiner Anhängerschaft fort und bilden darin gleichsam einen geistig-politischen Organismus, der wiederum ein Teil der von *Günter Bartsch* als »sozialer Gesamtkomplex« bezeichneten Ganzheit aller sozialen Bewegungen ist. Dieser Organismus bedarf einer »Reform an Haupt und Gliedern«, wenn seine inneren Widersprüche ihn nicht weiterhin auszehren sollen. Wenn die wertvolle Grundidee der Geld- und Bodenreform nicht an ihrer geistigen Regeneration gehindert werden soll, haben wir den verschiedenen in der Person *Gesells* gebündelten, aber noch nicht miteinander versöhnten geistigen Einflüssen nachzugehen und uns um die Erkenntnis ihrer teilweisen Berechtigung und ihrer jeweiligen Grenzen zu bemühen. Das bedeutet im Hinblick auf *Stirner* und *Nietzsche*, daß wir erkennen, daß nach jahrhundertelanger Unterdrückung der Menschen durch Kirche und Staat Denker wie *Stirner* und *Nietzsche* einerseits notwendig waren, um den auf den Individuen lastenden Unrat von Machtideologien wegzuräumen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß der extreme Individualismus schon bei *Stirner* selbst zur Gewalt aller gegen alle führte und daß auch *Nietzsches* »Wille zur Macht« letzten Endes zu einer Selbstüberschätzung des Menschen führt. Der Mensch soll sich nicht von Gott bzw. von in seinem Namen handelnden Kirchen beherrschen lassen; aber wo er Gott für tot erklärt und ihn nicht einmal mehr neben sich gelten läßt, da ist menschlicher Hybris Tür und Tor geöffnet.

Auch mit *Darwin* läßt sich eine solche Gleichrangigkeit von Mensch und Gott vielleicht aussöhnen, wenn man die Schöpfung nicht als einen einmaligen, in der Vergangenheit abgeschlossenen Akt ansieht, sondern als eine fortdauernde Entwicklung, die sich insbesondere auf sozialem Gebiet noch vollenden will. Außerdem ist der »Kampf ums Dasein« nur die eine Seite des Lebens – sie wird polar ergänzt durch die von *Kropotkin* so sehr hervorgehobene, aber von *Gesell* nicht genügend beachtete »gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt«. Die Religion faßt diese beiden Seiten des Lebens zusammen in dem Satz: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.« (3. Mose 19.18)

Aus dieser Skizze wird in Umrissen erkennbar, was als Fortsetzung von *Silvio Gesells* geistigem Weg in Frage kommen könnte, nämlich die Suche nach einer neuen inneren Balance zwischen dem Menschen und dem Göttlichen, zwischen Weltlichem und Geistlichem. Hier, in der inneren Einstellung des Menschen zu Gott und seiner Schöpfung fallen die Würfel, die über unsere Gedanken und Theorien zur Gestaltung der äußeren Welt entscheiden.

In politischer Hinsicht setzte *Gesell* seine Hoffungen immer und immer wieder auf die Sozialdemokratie. Er empfahl, von Zeit zu Zeit immer wieder zu prüfen, ob die »roten Fliegenpilze« noch giftig sind. Sollten wir nicht auch prüfen, ob die christlichen Pilze noch giftig sind? Vielleicht sind sie gar nicht von Natur aus giftig und wurden nur von interessierten Kreisen vergiftet? Wenn wir *Gesells* religiösen Faden aus der »Reformation im Münzwesen« wieder aufgreifen, finden wir vielleicht eine neue Einheit von Wirtschaft und Religion.

Die Geld- und Bodenreform kann auch die innere Mitte einer solchen neuen Einheit bilden. Sie wird zum Brennpunkt, in dem sich Wirtschaft und Religion vereinigen. Der Götze Mammon ist nämlich nicht nur der soziale Spaltpilz, der Mitteleuropa in Kapitalismus und Kommunismus geteilt und zentralistische Staatsgewalten anstelle eines föderativen Staatenbundes etabliert hat, er ist auch der geistliche Spaltpilz, der die Einheit der Kirche zerstört hat. Demgemäß könnte eine Entmachtung Mammons durch die Geld- und Bodenreform sowohl die weltlichen als auch geistlichen Spaltungen aufheben. Und das wäre in der Tat etwas, womit Mitteleuropa seine Brückenfunktion zwischen West und Ost erfüllen könnte.

Der geistige Weg Silvio Gesells und der Freiwirtschaftsbewegung

Prägung durch das katholisch-protestantische Elternhaus

Lösung von den Kirchen

Zahlreiche Spuren konfessionell ungebundenen christlichen Denkens in den Frühschriften 1891/92

Weitere Entfernung vom Christentum

1899/1900 Aufenthalt in Weimar: nachhaltiger Einfluß der Werke von Goethe und Schiller auf Gesells Denken

ab etwa 1904–06 starke Beeinflussung durch Stirner, Nietzsche und Darwin / vermittelt durch die ersten Freunde

Gegensätze zwischen dem linken (physiokratischen) und rechten (völkischen) Flügel blieben mangels einer tragfähigen Mitte unversöhnt: Die weltanschauliche Neutralität des Freiwirtschaftsbundes verdeckte die Gegensätze anstatt sie aufzulösen und die Flügel zu integrieren.

Das weltanschauliche Vakuum füllten in Österreich der katholische Theologe Johannes Ude und in der Schweiz der reformierte Theologe Eduard Burri.

Gedankenverbindungen zwischen der Freiwirtschaft und dem fernen Osten erfolgten durch Werner Zimmermann. Vermutlich haben Ude und Zimmermann der Freiwirtschaft die meisten Anhänger zugeführt.

Nach 1945 war der Freiwirtschaftsbund wieder weltanschaulich neutral. Als sein Nachfolger bemühte sich das Seminar für freiheitliche Ordnung* um eine Verbindung mit der Anthroposophie und anderen kulturellen Traditionen.

In der Radikalsozialistischen Freiheitspartei / Freisozialen Union trat der anfänglich sehr deutliche physiokratisch-individualistische Akzent zugunsten einer weltanschaulich neutralen Politik zurück.

Dieser Tendenz entsprach das Bemühen um neutrale Wissenschaftlichkeit in der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft.

* Wir möchten hier bemerken, daß im »Seminar für freiheitliche Ordnung« eine soziale Bewegung vertreten wird, die sich auf *anthroposophischer Grundlage* um praktisch realisierbarer Methoden sowohl der *Sozialerkenntnis*, als auch der *Sozialpraxis* bemüht. Auf diesem Wege haben sich stets vielfache Übereinstimmungen mit der von Kommunismus und Kapitalismus unabhängigen Ansätze in der Freiwirtschafts- und der Dreigliederungsbewegung ergeben.

Wettbewerb jenseits der Marktwirtschaft

Eckhard Behrens

Wettbewerb gibt es auch außerhalb der Wirtschaft. Der Wettbewerb der Schulen und Hochschulen, von dem neuerdings in Deutschland viel die Rede ist, wirkt aber etwas anders als der bekannte wirtschaftliche Wettbewerb. Dies beruht auf typischen Unterschieden der sozialen Verhaltensweisen in Kultur und Wirtschaft.

Die Besonderheiten des kulturellen Wettbewerbs werden für marktwirtschaftlich Geschulte am ehesten verständlich, wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß in der Wirtschaft der Preiswettbewerb Vorrang vor dem Qualitätswettbewerb hat; denn die Kosten einer Qualitätssteigerung müssen durch die erzielbaren Preise gedeckt werden. Dagegen hat im kulturellen Bereich der Qualitätswettbewerb Vorrang vor dem Preiswettbewerb, weil die Kostendeckung allenfalls zu einem geringen Teil über Entgelte (Preise) erfolgt. In erster Linie werden die Kosten des kulturellen Leistungs- oder Qualitätswettbewerbs durch Subventionen oder Spenden oder Einkommensverzichte der Beteiligten finanziert.

Menge und Qualität einer subventionierten Produktion werden nicht mehr ausschließlich von der Zahlungsbereitschaft der Nachfrageseite begrenzt. Zwar muß auch von kulturellen Einrichtungen Kostendeckung erreicht werden; aber für sie gibt es zu diesem Ziel nicht nur den Weg über die erzielbaren Preise, sondern auch noch staatliche Subventionen, private Spenden und die Bereitschaft des staatlichen oder privaten Trägers zum dauernden Verlustausgleich (Einkommensverzicht).

Mit der Bedeutung des Kostendeckungsgrades der Entgelte, also mit der Bedeutung der Preise, nimmt auch die Lenkungskraft der Nachfrageseite im kulturellen Bereich ab. Für die Kultur ist eine ausschließliche Lenkung durch die Nachfrage auch nicht berechtigt. Durch Subventionen und Spenden wird die Angebotsseite dazu freigesetzt, die Richtung des kulturellen Fortschritts im wesentlichen selbst zu bestimmen.

Die Avantgarde produziert immer etwas, was noch nicht nachgefragt wird. Sie muß für ihre »Überproduktion« nachfrageweckend werben. Ohne Nachfrage bleibt auch ihre Produktion sinnlos; aber nicht eine zahlungskräftige, sondern eine urteilsfähige Nachfrage macht hier Sinn. Sie fördert den Leistungs- und Qualitätswettbewerb.

Der Preiswettbewerb kultureller Einrichtungen führt zu nicht kostendeckenden Preisen bis hin zum Nulltarif (kein Beitrag des Abnehmers zu den Kosten des Anbieters) oder gar negativen Preisen (Stipendien = Zusatzkosten =

Beitrag des Anbieters zu den Kosten des Abnehmers), um Übernachfrage hervorzurufen, damit die Anbieter unter den Kunden (Schülern, Studenten) die würdigsten auswählen können.

Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt auch im kulturellen Bereich, nur wirkt es in andere Richtung, weil die Beteiligten andere Prioritäten setzen, als der homo oeconomicus, weil sie dank Spenden und/oder Subventionen auf den Kostendeckungsbeitrag von Entgelten der Nachfrager weniger angewiesen sind und daher größere Handlungsspielräume haben. Man kann sich also mit marktwirtschaftlichen Begriffen den Unterschied von Geschäft und Kultur deutlich machen und damit lernen, einen falschen marktwirtschaftlichen Zungenschlag zu vermeiden, der bei der Behandlung des Wettbewerbs der kulturellen Einrichtungen von vielen Kulturschaffenden als »kapitalistisch« empfunden und abgelehnt wird.

Buchbesprechungen

Silvio Gesell in München 1919

»Erinnerungen und Dokumente aus der Zeit vor, während und nach der ersten bayerischen Räterepublik« von Rolf Engert*

»Der Mensch, nicht der Staat, ist das Maß aller Dinge« (S. 105).

Zufall, was ist dies? Gibt es Zufall nur im landläufigen Sinne? Unwillkürlich steht diese Frage im Hintergrund, wenn man sieht, wie Ereignisse 1919 in München, niedergeschrieben 1948–1950 in Dresden, dank der Aufmerksamkeit, dem Spürsinn und der Zähigkeit des Herausgebers Werner Onken 1986 zu diesem interessanten Buch führten.

Doch können wir heute noch aus diesen Ereignissen im Jahr 1919 etwas erkennen, etwas lernen? Gesell war, wie man entnimmt, im April 1919 zehn Tage Volksbeauftragter für das Finanzwesen (Finanzminister) in München und konnte in den Wirren bayerischer und deutscher Politik nichts bewirken. Dies ist jedoch nur der sekundäre Inhalt dieses historisch trotzdem so lehrreichen Berichtes. Die Bedeutung dieses Buches liegt in Niederschrift und Erscheinen nach dem zweiten Weltkrieg, nach der zweiten Inflations- und Währungskatastrophe innerhalb von 25 Jahren und nach dem Untergang des deutschen Reichs. Seine entscheidenden Aussagen konzentrieren sich auf zwei grundlegende Aspekte:

1) Silvio Gesell hat zu dieser Zeit, die das Buch schildert (April – Juli 1919) die kommenden, für die Deutschen so tragischen Ereignisse klar und deutlich vorausgesagt: den Zusammenbruch der Währung in einer un-

vorstellbaren Inflation (»Wir stehen auf einem Vulkan von Papiergeld«, S. 98) mit anschließender sozialer Katastrophe durch bewußte Deflationspolitik (S. 77, 91, 98, 99) und den zweiten Weltkrieg (». . . so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Weltkrieg stehen. . .«, S. 78).

2) Daß weder Kapitalismus, noch Kommunismus die soziale Frage lösen wollen oder dazu in der Lage wären (u.a. S. 104–109). Nur ein dritter Weg, eine Währungspolitik nach den Grundsätzen der Freiwirtschaft, sei dazu in der Lage.

Knapp 70 Jahre nach diesen Aussagen kann man nur staunen über die Kühnheit, die Weitsicht und die Genialität dieses Mannes. Deshalb stellt dieses Buch ein Kompendium dar über die Freiwirtschaftslehre; ihre Notwendigkeit für die Währungsgestaltung der Industriestaaten und über ihre Inhalte. Und zusätzlich einen drastischen Beweis für die Unfähigkeit und die Verblendung deutscher Politiker, Wissenschaftler und Spitzenbeamter! Stehen wir nun heute anders da als 1919? Ist die soziale Frage gelöst? Bieten Politik und Wissenschaft der 80-er Jahre einen sicheren Beweis für eine positiv gestaltete Zukunft unseres Volkes? Hat dieses Volk selbst das Vertrauen in seine politi-

* Gauke GmbH., Fachverlag für Sozialökonomie, 3510 Hann. Münden, 1986, 136 Seiten DM 20,—

schen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Führungskräfte?

Das Buch ist ein Aufruf an alle diejenigen, die noch nicht von einer kurz-sichtigen Tagespolitik oder irgend einer Ideologie angekränkt sind; ein Aufruf an die Jugend, die der Pflicht nicht entbunden werden kann, ihr Schick-sal selbst zu gestalten und dafür neue Wege zu gehen. Der Anhang enthält die zur Verhandlung vor dem Standgericht (9. 7. 1919) eingereichte Verteidigungs-rede. Diese zeigt Persönlichkeit, Weit-blick und Mut Silvio Gesells und kann sich würdig an die in der Welt berühmteste Verteidigungsrede, diejenige des Sokra-tes (470–399 v. Chr.), anschließen. Denn Menschenleben galten auch 1919 in München nicht viel, wie die (unge-sühnte) Ermordung der Literaten Kurt Eisner und Gustav Landauer und die vielen offiziellen Todesurteile zeigten. In den Anhang wurde ferner der Essay von Rolf Engert: »Shakespeare's »Kauf-

mann von Venedig« und die »Pervertie-rungen des Lebens« aufgenommen. En-gert gibt einen pointierten Einblick in dieses wahrscheinlich bedeutendste Werk Shakespeares und beweist, wie stark und tiefgreifend das Wirtschaftsle-ben – ob gesund oder krank – ausstrahlt auf Rechtswesen und Geistesleben. Können wir behaupten, wir sind heute, im Vergleich zum 16. und 17. Jahrhun-dert, frei von Pervertierungen im Wirt-schaftsleben?

Es herrscht in unserem Land viel Mißmut, Unzufriedenheit und Angst vor der Zukunft. Jawohl, die soziale Frage ist nicht gelöst und so, wie die Dinge liegen, bestehen auch wenig Aus-sichten dafür. Ist es nicht endlich an der Zeit, die Gedanken neu aufzugreifen; Ge-danken von Silvio Gesell, die gerade über diese Zeitspanne von sieben Jahr-zehnten ihre Qualitäten erkennen las-sen?

Hugo Schwenk

Der Einfluß der Lehre Silvio Gesells auf die volks-wirtschaftlichen Ausführungen Rudolf Steiners

Karl Buess

Diese Broschüre, ursprünglich im *Selbstverlag* herausgegeben, ist kein wissenschaftliches Werk und will es auch nicht sein. Sie erfüllt jedoch ein Be-dürfnis. Ein 86jähriger Schweizer, seit einem Menschenleben Verehrer von *Rudolf Steiner* und Freiwirtschaftler, schöpft aus seinem Wissen und seinen Erfahrungen. Sein Bemühen ist ein Brückenschlag zwischen der Anthropo-sophie, Teilbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, und der Freiwirt-schaftslehre *Silvio Gesells*. Warum be-steht dafür ein Bedürfnis? Ein neutrales,

nur an den Interessen der Bevölkerung orientiertes Geld- und Währungswe-sens ist für das Gedeihen einer Volks-wirtschaft entscheidend. Eine wesentli-che Ursache für die schlechte wirt-schaftliche Lage der Schweiz während und nach dem 1. Weltkrieg, ebenso für den Untergang des Weimarer Staates, lag in der falschen Währungspolitik. Die Vernachlässigung, ja die völlige Verkennung der Währungsfrage, sowie die Tragödie mit den Gold-Indexwäh-rungen in der 1. Hälfte des 20. Jahrhun-derts, hatte tiefgreifende Folgen. Wer

sich einer solchen Aussage nicht anschließen kann, sollte den Hinweis benützen und sich in den Grundzügen sachkundig machen. Dies ist nicht aufwendig. Zusätzlich zu der Broschüre von Karl Buess sei auf folgende Bücher hingewiesen: *Hans Hoffmann* »75 Jahre Schweizerische Nationalbank in Konzeptions- und Zielkonflikten« und *Johannes Schumann* »Gegen den Strom« (beide Gauke-Verlag, Postfach, 3510 Hann. Münden).

Ing. *Karl Buess* gibt einen Überblick über die wesentlichen Aussagen von *Rudolf Steiner* zu Zins- und Geldfragen und deren Übereinstimmung mit der *Freiwirtschaftslehre*. *Steiner* hatte, darauf verweist er, während und nach dem 1. Weltkrieg, anlässlich seiner Vorträge in der Schweiz, Kontakte mit Anhängern der *Freiwirtschaftslehre*. »Geld muß sich abnützen« und »Zins auf Zinsezins darf es nicht geben«; das ist der Grundtenor seiner währungspolitischen Aussagen in den Jahren 1919 bis 1922. Dies sind auch die Kernpunkte der *Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells*. Allerdings mit wesentlichen Unterschieden: *Steiner* betonte immer wieder, er liefere kein ausgearbeitetes Programm, nur richtungweisende Anregungen. *Gesell*, ausschließlich auf Wirtschaftsfragen begrenzt, lieferte dieses Programm. Und selbstverständlich, *Steiner*, der Esoteriker, lehnte jeden Zwang ab; er setzte auf die Vernunft der Menschen, auf ihren Gemeinsinn. *Gesell*, handfester Exoteriker, sah keine Lösung ohne einen systemimmanenten Zwang. Deshalb liegt auch eine Reihe negativer Äußerungen *Steiners* zu *Gesell* und der *Freiwirtschaft* vor; aber die Zustimmungen überwiegen. Die Quellenlage hat sich, im Vergleich zu der 60-er und 70-er Jahren, wesentlich verbessert; dank *Karl Buess* und der 1985 erschienenen Erstauflage des *Steiner-*

Werkes »Die Befreiung des Menschewesens als Grundlage für eine soziale Neugestaltung« (GA 329). Hier ist besonders wichtig der Vortrag mit Diskussion vom 2. 4. 1919, in dem *Rudolf Steiner* die *Freiwirtschaft* ausdrücklich als berechtigt anerkannt hat.

Die *Anthroposophie* hat bis jetzt noch kein sachgerechtes Verhältnis zur *Freiwirtschaft* gefunden. Dies ist nicht verwunderlich, haben es doch die Politiker und Wissenschaftler auch nicht. Man findet alle Spannweiten vom völligen Desinteresse über strikte Ablehnung bis zu Gruppen, die sich in Bedeutung und Gesetzmäßigkeiten des Geld- und Währungswesens eingearbeitet haben, dank *Gesell*, und deshalb eine Übereinstimmung in dieser Frage als selbstverständlich ansehen. Bei manchen zur Dreigliederung neigenden *Anthroposophen* gilt noch der *Bannfluch*, den *H. G. Schweppenhäuser* in einem Artikel in der *Wochenschrift* »Das Goetheanum« vom 14. 1. 1979 gegen *Gesell* geschleudert hat; verzerrt, in der Sache unvollständig, ohne Wissen um Werk und Bemühen des Sozialpolitikers *Silvio Gesell*. Sofort von Mitgliedern der *Anthroposophischen Gesellschaft* einsetzende Bemühungen um eine sachgerechte Berichtigung, auch das Buch von *Jakob Schellenberg*, *Anthroposoph und Freiwirtschaftler*: »*Rudolf Steiner* und *Silvio Gesell*, zwei unabhängig voneinander wirkende Richtungsweser für eine soziale Zukunft in Freiheit« (Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., 7325 Bad Boll), blieben leider ohne Widerhall. Geld, was ist Geld? Welche Bedeutung hat die Währungspolitik für eine Volkswirtschaft? Wollen wir weiterhin diese Schicksalsfrage den »Fachleuten« überlassen, wie z.B. im Weimarer Staat? *Karl Buess* erleichtert mit seinem Buch den Einstieg in die Materie des *Währungswesens* und zeigt zusätzlich:

Anthroposophie und Freiwirtschaft sollte nicht noch mehr Zeit verloren
schließen sich nicht aus, sondern sie werden.*
gängen sich. Für einen Brückenschlag

Hugo Schwenk

* Eine Neuauflage befindet sich in Vorbereitung. Bestellungen an das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (071 64) 35 73.

* * *

Therapiefreiheit in Gefahr

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1976 weltweit das fortschrittlichste Arzneimittelgesetz. Es regelt die Zulassung neuer Arzneimittel und die Registrierung bereits im Handel befindlicher Präparate. Zwar haben Vertreter der besonderen Therapierichtungen (Anthroposophische Medizin, Homöopathie, Phytotherapie) über die Heilmittel ihrer Richtung selber zu bestimmen.

Dieser große Fortschritt, der durch den Einsatz – besonders auch anthroposophischer Ärzte – erzielt werden konnte, ist wieder in große Gefahr geraten:

- durch das Verbot von Heilpflanzen
- durch das neue Gesundheitsreformgesetz und der darin enthaltenen Regelung über die Kostenerstattung durch die Krankenkassen
- durch den EG-weiten gemeinsamen Binnenmarkt ab 1992.

Verbot von Arzneipflanzen

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) ist verpflichtet, bei auftretenden Bedenken einzelnen Heilmitteln gegenüber eine Nutzenrisikoabwägung zu erstellen und danach zu handeln. Solche Bedenken wurden Pyrrolizidin-(PA)haltigen Pflanzen wie Huflattich, Borretsch, Beinwell u. a. gegenüber formuliert. Das BGA hat entschieden, daß die o. g. Pflanzen keine oder nur einen unwesentlichen Nutzen, aber hohes Risiko bergen.

Das BGA beabsichtigt ein befristetes Verbot für zunächst ein Jahr von 14 Heilpflanzen, worunter auch Nahrungs- bzw. Gewürzpflanzen fallen, aufzustellen. Der Vertrieb dieser Pflanzen als Heilmittel soll ab ca. Oktober 1988 verboten werden, der Genuß, z. B. von Gurkenkraut (Borretsch) als Gewürz jedoch, ist paradoxerweise davon nicht berührt. Obwohl beim Verzehr von Borretsch als Gewürz der Anteil der »gefährlichen Inhaltsstoffe« viel höher ist, wurde die Öffentlichkeit nicht einmal davon informiert. Das wirft die Frage auf, wie schwerwiegend die Bedenken sind.

Der Auslöser für dieses Vorgehen war der Todesfall eines Säuglings 1988 in der Schweiz, dessen Mutter in der Schwangerschaft u. a. huflattichhaltige Tees getrunken hat. Es ist bekannt, daß die Mutter drogenanfällig war und deren sonstige Lebensgewohnheiten nicht weiter bekanntgemacht worden sind. Der Säugling verstarb an einer Lebererkrankung (Budd-Chiari' Syndrom).

Aus früheren Untersuchungen vermutet man, daß Pflanzen, die wie Huf-
lattich eine bestimmte Substanz (Pyrrolizidinalkaloide) enthalten, andere,
sehr seltene Lebererkrankungen hervorrufen können. Die bisherigen Beob-
achtungen stammen aus tropischen Regionen, wo die genannten Erkrankun-
gen sehr viel häufiger sind. Der beschriebene Todesfall aus der Schweiz ist die
erste, aber zweifelhafte Beobachtung dieser Art in Europa. Inzwischen wurde
bekannt, daß der Tee, welchen die Mutter getrunken hatte, mit 9% Huf-
lattichinhalt deklariert war – daß aber eine fachmännische Untersuchung des
Tees ergab, daß er keine Pyrrolizidinalkaloide enthielt, also nicht den Stoff,
der für Erkrankung und Tod des Babys verantwortlich sein sollte.

Demgegenüber werden seit Jahrhunderten diese Pflanzen in der Medizin
häufig verwendet. In unserem Kulturraum ist ein gehäuftes Auftreten solch
seltener Erkrankungen (Lebercarcinome) im Zusammenhang mit den häufig
verordneten Heilmitteln nicht beobachtet worden. Dies hätte aber auffallen
müssen.

An dem Vorgehen des BGA kritisieren wir:

Der Nutzen der betroffenen Pflanzen wird vom BGA in Zweifel gezogen,
ohne daß Sachverständige und erfahrene Ärzte dazu Stellung nehmen
konnten.

Demgegenüber wird ein hohes Risiko behauptet, das – wie vorbeschrie-
ben – vorurteilsfreier und wissenschaftlicher Prüfung nicht standhält.

Aufgrund dieser Nutzen-Risikoabwägung sollen bewährte Heilpflanzen
verboten werden, die in unserer Therapie einen hohen Stellenwert haben
und sich bei sachgemäßer Anwendung als unbedenklich herausgestellt
haben.

Es werden zur Beurteilung des Risikos Tierversuche herangezogen, ob-
wohl das Problem der Übertragung von Tierversuchen auf den Menschen
bekannt ist. Ferner wurden in den Tierversuchen Mengen der Pflanzen als
Nahrung über lange Zeit verabreicht, die in keiner Relation zu der vor-
übergehenden Anwendung als Heilmittel stehen.

Weiterhin werden Arbeiten zitiert, in denen der isolierte Wirkstoff ver-
wendet wurde, obwohl bekannt ist, daß die ganze Pflanze die Gefährlich-
keit einzelner Inhaltsstoffe mindert.

Es wurden nur die Heilmittelfirmen, nicht aber die Betroffenen, die Pa-
tienten und Ärzte informiert.

Das Vorgehen des BGA ist unausgewogen, das in Aussicht gestellte Ver-
bot ist unangemessen, und die Frist für eine Stellungnahme der Hersteller
ist viel zu kurz.

Es werden hier wirksame und unbedenkliche Heilmittel ablehnend beur-
teilt, während bekannte, z. B. weit verbreitete Schmerz- und Fiebermittel
(Paracetamol), die bekanntermaßen bei längerem Gebrauch auch u. a. Nie-
renschädigungen und Harnblasenkrebs auslösen können, nicht einmal re-
zeptpflichtig sind. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Während im Arz-
neimittelgesetz von 1976 die Vielfalt medizinischer Methoden festgeschrieben
ist, wird diese fortschrittliche Pluralität durch das Verbot von Heilmitteln un-
tergraben. Es handelt sich um einen Angriff gegen das verfassungsmäßige

Recht der Therapiefreiheit. Die verschiedenen therapeutischen Richtungen beruhen auf unterschiedlichen Denkansätzen. Hier wird aber nur eine einseitig ausgerichtete Methode zur Beurteilung herangezogen. So wird ein Wissenschaftsstreit durch behördliches Reglement entschieden. Freiheit in der Therapie ist damit nicht mehr möglich.

Das Gesundheitsreformgesetz (GRG)

Im Gesundheitsreformgesetz soll ab 1989 u. a. festgelegt werden, wie darüber entschieden wird, welche Medikamente, Heil- und Untersuchungsmethoden in Zukunft von den Krankenkassen finanziert werden und welche nicht. Dabei werden zwei Kriterien angelegt:

1. daß die Wirksamkeit der Leistung dem »allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse« zu entsprechen habe,
2. daß die Anwendungen wirtschaftlich vertretbar sein müssen.

Ist ein Heilmittel nicht »wissenschaftlich anerkannt«, demnach »nicht wirksam«, so ist es natürlich auch unwirtschaftlich. Was der »allgemein anerkannte Stand medizinischer Erkenntnisse« ist, wird weltanschaulich voreingenommen interpretiert – insbesondere wird dieser Wissensstand in der materialistisch-positivistischen Medizin gesucht. Er ist nicht vollständig, weil er die Erfahrungen, Forschungen und Erfolge der Anthroposophischen Medizin, Homöopathie und Naturheilkunde nicht mit einbezieht. Über diesen wissenschaftlichen Streit soll nach dem GRG der »Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen« rechtsverbindlich entscheiden, ein Gremium, das von der kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen gebildet wird. Niemand wählt die Vertreter oder kontrolliert sie. Ein demokratisch zu beschließendes Gesetz hebt hier die Demokratie auf und überläßt 21 von Verbänden zu bestellenden Persönlichkeiten Entscheidungen größter Tragweite, die sie nicht begründen müssen, deren Arbeitsweise nicht festgelegt ist, die keine Rechenschaft schuldig sind, nicht kontrolliert werden etc. – ein wahrhaft feudalistisches Gremium, das von Organisationen berufen wird, die bekanntermaßen keine Vertreter der Vielfältigkeit der medizinischen Richtungen sind. Wird dieses Gesetz nicht noch entscheidend geändert, ist die Therapiefreiheit, *wesentlicher Bestandteil der Grundrechte*, hiermit aufgehoben. Es ist abzusehen, daß es bald zwei Klassen von Heilmitteln gäbe: solche, die von Krankenkassen bezahlt werden und solche, die der Patient selber finanzieren muß. Die Medikamente der besonderen Therapierichtungen, der anthroposophischen Medizin, der Homöopathie und der Naturheilkunde werden dann nur noch für die Reichen sein, sie werden zu Luxusgütern gemacht.

Anthroposophische Medizin, Homöopathie und Phytotherapie ist für alle da!

Der europäische Binnenmarkt

Ab 1992 soll in allen EG-Ländern ohne Zollschranken freier Warenaustausch möglich sein. Auch Arzneimittel sollen frei gehandelt werden. Nun sind aber

in der Bundesrepublik Deutschland die Heilmittel der besonderen Therapien (Anthroposophische Medizin, Homöopathie und Phytotherapie) im Arzneimittelgesetz berücksichtigt. In den meisten anderen Ländern ist der Umgang mit ihnen kaum geregelt, erschwert, oder manche sind verboten. Es müssen Arzneimittelgesetze der betroffenen Länder demnach aufeinander abgestimmt werden. Es ist schon jetzt sicher, daß das deutsche Arzneimittelgesetz, das die Vielfalt der medizinischen Richtungen ausdrücklich bejaht, stark gefährdet ist.

Was ist zu tun?

Aus dem Vorerwähnten wird deutlich, daß Entscheidungen, die für uns alle große Bedeutung haben, unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden sollen. Die Öffentlichkeit ist aber notwendig! Deswegen

- informieren Sie sich und Ihre Freunde und Bekannten,
- engagieren Sie sich durch *Briefe* und *Gespräche* mit Politikern und Behörden.

Dr. med. A. H. Oltmann
Martin Straube (Arzt)
Am Eichhof 7532 Niefern-Öschelbronn 2

Renate Schweigert (Ärztin)
Dr. med. Sonja Zinn

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Eckhard Behrens Bergstraße 29, 6900-Heidelberg

Prof. Dr. rer. pol. Hans Christoph Binswanger
Hochschule St. Gallen
Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie
Dufourstraße 48, CH-9000 St. Gallen

Eduard Daladier, Vorsitzender der Radikalsozialistischen Partei in Frankreich, Ministerpräsident von 1933 bis 1934

Werner Onken Friedrich-Wegener-Straße 11, 2930 Varel 1

Fritz Penserot Dhauner Straße 182, 6570 Kirn/Nahe

Hugo Schwenk Rehleitenweg 25, 8200 Rosenheim

Dr. med. A. H. Oltmann
u. a. Am Eichhof, 7532 Niefern-Öschelbronn

Nächstes Heft Januar/Februar 1989

Ankündigungen

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (071 64) 3573

Marktwirtschaft und Umweltschutz

Tagesseminar am Samstag, den 10. 12. 1988 in unserem Seminargebäude

Sind die Umweltprobleme im Rahmen der bestehenden Marktwirtschafts- und Staatsordnungen lösbar? Die Umweltprobleme sind im Schoße dieser Ordnungen zu ihrer heutigen Dimension herangewachsen. Wo bestehen mehr Hoffnungen auf ihre Bewältigung: in den östlichen oder in den westlichen Gesellschaftsordnungen? Ist ein ausreichender Umweltschutz nur im Wege eines radikalen gesellschaftlichen Umsturzes durchsetzbar? Müssen wir wählen zwischen Umweltschutz und freiheitlicher Ordnung?

Am Nachmittag soll am Beispiel der immer bedrohlicher anschwellenden Abfall-Lawinen untersucht werden, ob die marktwirtschaftliche Ordnung den Einbau neuer Instrumente zuläßt, die umweltverträgliche Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten wirkungsvoll durchsetzen könnten. An Vorschlägen dafür fehlt es nicht. Wir wollen sie vorstellen und in gründlichen Diskussionen überprüfen, aus denen auch Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker wertvolle Anregungen gewinnen können.

Marktwirtschaft und Umweltschutz

- 9.30 Uhr – Öffnung des Tagungsbüros
- 10.00 Uhr – Begrüßung
 - Vorstellung des Seminars für freiheitliche Ordnung
- 10.15 Uhr – Grundsatzreferat (*Eckhard Behrens*)
 - Welche Bedeutung haben die Wirtschafts- und die Staatsordnung für den Umweltschutz?
- 11.00 Uhr – Kaffeepause
- 11.15 Uhr – Aussprache über das Einleitungsreferat
- 12.30 Uhr – Mittagessen in benachbarten Gaststätten
- 13.30 Uhr – Kaffeegespräche im Tagungsraum
- 14.00 Uhr – Können die Abfall-Lawinen mit neuen marktwirtschaftlichen Instrumenten vermindert und umweltgerecht verwertet werden? (*Fritz Andres*)
- 15.00 Uhr – Kaffeepause
- 15.15 Uhr – Aussprache über das Thema Abfallwirtschaft
- 17.30 Uhr – Tagungsabschluß
- 18.00 Uhr – Ausklang in der »Krone«

Auskunft und Anmeldung siehe obige Adresse

Zur vorherigen Lektüre empfohlen: siehe Seite 63 unten.

* * *

Landwirtschaft – weiter gegen die ökonomische und ökologische Vernunft?

Tagung des Seminars in unserem Seminargebäude
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, am 25./26. 2. 1989

Die Landwirtschaft, einer der größten Subventionsverbraucher und Umweltverschmutzer...? Es ist leider bis zu einem gewissen Grade wahr. Eine Verkettung ungeeigneter praktischer und wirtschaftspolitischer Wege hat einen lebenswichtigen und bedeutenden Wirtschafts- und Berufszweig in Verruf gebracht. – Das war vor einigen Jahrzehnten anders. Der landwirtschaftliche Berufsstand genoß hohes Ansehen. Beinahe jeder Landwirt konnte von sich sagen, er stehe wirtschaftlich auf eigenen Füßen, erzeuge im Zusammenwirken mit der Natur wertvolle *Lebensmittel* und lege zusammen mit seinen Berufskollegen die Basis für andere Berufe im Handwerk, in der Industrie, im Handel und auf kulturellem Felde.

Heute dagegen produzieren viele Landwirte auf ökologisch schädliche Weise massenweise Überschüsse am Bedarf und am Markt vorbei in Milchseen, auf Butter-, Zucker-, Obst-, Fleisch- und Getreideberge usw. Die Landwirtschaft ist wirtschaftlich nicht gesund. Ein ehemals von seiner Produktion lebender, stolzer Berufsstand ist durch falsche Politik und Beratung – auch aus den eigenen Reihen – zum armen, von Subventionen abhängigen Bittsteller herabgesunken. Wie kann das geändert werden?

Auf der Tagung werden dargestellt und befragt

- die landwirtschaftliche Praxis und die *Landwirtschaftspolitik*, die zu diesem traurigen Befund beigetragen haben,
- die landwirtschaftliche Praxis, die die Verbindung mit der Natur wieder herstellen kann und ökologisch verträglich ist und
- der Weg zu den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und zu der *Landwirtschaftspolitik*, die die Produktion für den Bedarf, die Ertragskraft der landwirtschaftlichen Betriebe und den Stolz der Landwirte wieder herstellen.

Programm

Samstag, den 25. Februar 1989

Ab 9.00 Uhr Anreise und Organisatorisches

10.00 Uhr – Begrüßung

10.15 Uhr – Die geschichtliche Entwicklung zur heutigen technischen und chemischen Landwirtschaftspraxis
(*Prof. Dr. Rolf Diercks, München, Universität in Weihenstephan*)

11.00 Uhr – Kaffeepause

11.30 Uhr – Ökonomische und ökologische Folgen der Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik
– Perspektiven einer Neuordnung –
(*Martin Scheele, Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen*)

12.15 Uhr – Diskussion

12.30 Uhr – Mittagessen in benachbarten Gaststätten

ab 14 Uhr – Kaffeeangebot im Tagungsraum

15.00 Uhr – Fortsetzung der Diskussion

- 16.00 Uhr – Eine auf die Fähigkeiten der Landwirte setzende Ordnungspolitik als ökonomischer und ökologischer Ausweg aus der Landwirtschaftskrise
(*Eckhard Behrens, Heidelberg*)
- 16.45 Uhr – Pause
- 17.00 Uhr – Zur ökonomischen und ökologischen Leistungsfähigkeit naturgemäßer landwirtschaftlicher Praxis – aus der Sicht eines Landwirtes
(*Franz Josef Grenzebach, Raisting*)
- 17.45 Uhr – Bildung der Arbeitsgruppen für Sonntagvormittag und Diskussion
- 18.30 Uhr – Abendpause mit dem Angebot von Produkten aus der Käseerei Grenzebach
- 20.00 Uhr – Gesundheit der Landwirtschaft und Menschen – ein Rundgespräch
(Einleitung aus medizinischer Sicht)
(*Dr. Heinz Hartmut Vogel, Bad Boll*)

Sonntag, den 26. Februar 1989

- 9.00 Uhr – Fortsetzung der Diskussion in Arbeitsgruppen
- 10.30 Uhr – Kaffeepause
- 10.45 Uhr – Zusammenfassung der Ergebnisse mit einer Podiumsdiskussion unter Referenten und Gästen
(*Leitung: Jobst v. Heynitz*)
- 12.25 Uhr – Schlußwort
- 12.30 Uhr – Tagungsende

Tagungsleitung: Jobst v. Heynitz

Auskunft und Anmeldung siehe umseitige Adresse

Zur vorherigen Lektüre empfohlen:

Fragen der Freiheit

- Heft Nr. 90 »*Bedrohte Erde – gefährdeter Mensch*«
– Probleme des Umweltschutzes und des Umweltrechts –
- Heft Nr. 97 »*Die Zerstörung der Lebenswelt*«
- Heft Nr. 130 »*Die Verantwortung des Menschen*«
– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –
- Heft Nr. 150 »*Sieben Thesen*«
– Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft –
- Heft Nr. 171 »*Neue Ökologie*«
- Heft Nr. 195 »*Ökonomie und Ökologie*«

DER BEGINN EINER NEUEN GROSSEN EDITION:

SILVIO GESELL

GESAMMELTE WERKE IN 17 BÄNDEN



1931 hat der mit Silvio Gesell befreundete Arzt Friedrich Landmann eine erste Übersicht über das umfangreiche schriftstellerische Werk Gesells gegeben. Nach muhevollen Literaturrecherchen hat der Schweizer Musiker Wily Hess 1975 ein nahezu vollständiges Werkeverzeichnis veröffentlicht. Inzwischen konnten weitere der noch bestehenden Lücken geschlossen werden. Nachdem die Erschließung des literarischen Nachlasses von Silvio Gesell nahezu abgeschlossen ist, beginnt der Gauke Verlag in seiner Abteilung „Fachverlag für Sozialökonomie“ mit einer auf 17 Bände angelegten Herausgabe der „Gesammelten Werke“ des Begründers der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“. Die editorische Verantwortung für diese Ausgabe liegt bei Dipl.-Ökonom Werner Onken, dem Leiter der „Freiwirtschaftlichen Bibliothek“ in Varel/Oldenburg.

**Silvio Gesell · Gesammelte Werke
Band 1 (1891–1894)**

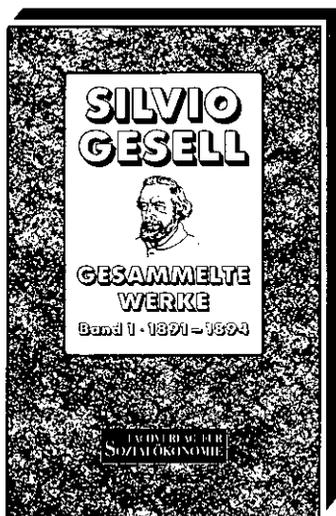
381 Seiten, DM 48,00
(ISBN 3-87998-411-5)

- Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat
- Nervus rerum
- Die Verstaatlichung des Geldes
- El sistema monetario argentino (in deutscher Übersetzung)
- Aufsätze in „Argentinisches Tageblatt“

**Silvio Gesell · Gesammelte Werke
Band 2 (1897–1900)**

299 Seiten, DM 38,00
(ISBN 3-87998-412-3)

- Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs
- La cuestión monetaria argentina (in deutscher Übersetzung)
- Die argentinische Geldwirtschaft und ihre Lehren
- Aufsätze in „Argentinisches Tageblatt“



„Die Ratlosigkeit der Politiker von heute macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner.“

Herz Nixdorf (1985)

„Ich würde allen raten, sich mit der Wirtschaftslehre von Silvio Gesell zu beschäftigen.“

Luise Rinser (1985)

FACHVERLAG FÜR
SOZIALÖKONOMIE

POSTFACH 13 20 · 2322 LUTJENBURG

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,
Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 35 73

Preis: Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 400,—

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 90,— (sfr. 90,—/ ö. S. 750) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Einzelhefte: DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 70,— zuzügl. Versandkosten

*Sammel-
mappen:* jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 10,—, ö.S. 85,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000 (BLZ 600 697 66)

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Abraham Lincoln
(aus Carl Schurz: »Abraham Lincoln«, 1809-1865, zit. i. Lothar Vogel
»Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus« S. 16/17,
Sonderdruck Fragen der Freiheit, Boll 1973)

ISSN 0015-928 X
Kaiser-Druck GmbH, 7335 Salach
Printed in Germany

